

Annoncen.

Annahme-Büro.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17.)  
bei C. J. Ulrich & Co.,  
Breitestraße 20,  
in Grätz bei J. Streissel,  
in Neisse bei H. Matthias,  
in Wreschen bei J. Jadesohn.

Annoncen-Büro.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei G. L. Daube & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Plosser.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

# Posener Zeitung.

Neunzigster Jahrgang.

Nr. 702.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 6. Oktober.

1883.

## Die neue Zwangsvollstreckungs-Ordnung in Immobilien.

I.

Am 1. November d. J. tritt ein preußisches Gesetz, betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, in Kraft. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser sehr umfassenden Kodifikation erscheint an sich als kein günstiger. Denn eben erst beginnen Juristen und Publikum sich in den neuen Justizgesetzen einigermaßen heimisch zu fühlen, und schon wird ihnen wieder zugemutet, sich in ein umfassendes neues Gesetz hineinzuarbeiten. Andererseits ist diesem Gesetz eine lange Geltungsdauer voraussichtlich nicht beschieden, denn das deutsche bürgerliche Gesetzbuch, dessen Vollendung in nicht allzu ferner Zeit wir erhoffen, wird auch die Materie der Zwangsvollstreckung in Immobilien rechtsgelehrig regeln. Dazu kommt, daß diese Materie in ihrem wesentlichen Bestandtheile für das Geltungsgebiet des preußischen Landrechts durch ein Gesetz kodifikatorischen Charakters, die Subhastationsordnung vom 15. März 1869 geregelt und dann erst vor drei Jahren der bestehende Rechtszustand durch das Gesetz vom 4. März 1879, betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, mit den neuen Justizgesetzen in Einklang gebracht worden ist. Wenn es sonach im Interesse der Stetigkeit der Gesetzgebung auf einem so wichtigen, Kapital und Grundbesitz gleichmäßig interessierenden Gebiete wünschenswerth wäre, daß gegenwärtig noch legislatorische Neuerungen unterblieben, so sind andererseits doch die Gründe, welche für Einführung dieses Gesetzes sprechen, so zwingend, die Vortheile, welche es gegenüber dem bisherigen Rechtszustande bringt, so erhebliche, daß es nicht bloß von den Juristen, sondern auch von dem großen Publikum freudig begrüßt zu werden verdient. Die Juristen wird es erfreuen, in diesem Gesetz einen bisher in unerträglicher Weise zerstückten Rechtsstoff übersichtlich zusammengefaßt und eine Anzahl Streitfragen des früheren Rechts entschieden zu finden. Die Gesamtheit des Volkes ferner erhält in den zahlreichen und zum Theil tief einschneidenden Neuerungen dieses Gesetzes eine höchst schätzbare Verbesserung des bestehenden materiellen Rechtszustandes. Ein beachtenswerther Fortschritt liegt endlich auch darin, daß durch dieses Gesetz für den ganzen Geltungsbereich der Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872 d. i. für die gesammte preußische Monarchie mit Ausnahme des Oberlandesgerichtsbezirks Köln, der vormalen Nassauischen und Großherzoglich Hessischen Landestheile, des Gebiets der vormaligen freien Stadt Frankfurt und des Herzogthums Lauenburg das Verfahren für die Immobiliarzwangsvollstreckung ein einheitliches wird, während es bisher in diesem Gebiete in sehr mannigfaltiger und zum Theil, wie z. B. in der Provinz Schleswig-Holstein und in den vormalen kurhessischen Landestheilen in höchst unbefriedigender Weise geordnet war.

Durch das neue Gesetz, welches in seinen 211 Paragraphen eine umfassende Kodifikation dieses Rechtsstoffs bietet, treten alle jene zahlreichen, dieselbe Materie betreffenden Gesetze außer Kraft. Im Folgenden wollen wir eine kurze Darstellung des Inhalts und der äußeren Eintheilung des erwähnten Gesetzes geben und sodann auf die wichtigste materielle Neuerung desselben etwas näher ein ehen.

Das Gesetz gibt zunächst im § 1 wesentlich in Übereinstimmung mit der Subhastationsordnung von 1869, an, welche Gegenstände in Bezug auf die Zwangsvollstreckung zum unbeweglichen Vermögen gehören. Es sind dies:

1. Grundstücke,
2. verliehene Bergwerke, unbewegliche Bergwerksanteile und die selbständigen Kohlenabbau-Gerechtigkeiten in den vormaligen sächsischen Landestheilen,
3. solche Schiffsmühlen und selbständige Gerechtigkeiten, welche die Eigenschaft unbeweglicher Sachen haben,
4. Kaufahrteischiffe und gewisse andere zur Frachtschiffahrt bestimmte Schiffsgesäfte.

Der übrige Inhalt des Gesetzes zerfällt in fünf Abschnitte, von denen der erste, wichtigste und umfangreichste, welcher die §§ 2—154 umfaßt, von der „Zwangsvollstreckung in Grundstücken“ handelt. Nachdem in diesem Abschnitt zunächst (Tit. I) einige „Allgemeine Bestimmungen“ gegeben sind, handelt der zweite Titel von der Eintragung einer vollstreckbaren Forderung im Grundbuche im Wege der Zwangsvollstreckung, und es folgt der zweite, wichtigste Titel des ersten Abschnitts und zugleich der wichtigste Theil des ganzen Gesetzes unter der Überschrift „Zwangsvollsteigerung“. Dieser Titel, umfassend die §§ 13—138 ist am ausführlichsten behandelt und an späteren Stellen ist überall auf die hier gegebenen Bestimmungen Bezug genommen. Hier findet sich auch die wichtigste Neuerung des Gesetzes, auf welche wir unten in ausführlicher Besprechung zurückkommen wollen, nämlich die Einführung des sogenannten geringsten Gebots und die Bestimmung, daß die Hypotheken nicht wie früher durch die Subhastation sämtlich fällig werden sollen, sondern daß vielmehr der Ersteher diejenigen Posten, welche

der Forderung des Extrahenten vorgehen, in Anrechnung auf das Kaufgeld übernehmen muß. — Der vierte Titel endlich des ersten Abschnitts behandelt „die Zwangswaltung“.

Der zweite Abschnitt des Gesetzes regelt die „Zwangsvollstreckung in andere Gegenstände des unbeweglichen Vermögens“, also in Bergwerke, Schiffsmühlen, Schiffe und Grundgerechtigkeiten.

Der dritte Abschnitt trägt die Überschrift: „Zwangsvollsteigerung in besonderen Fällen“ und behandelt die vom Konkursverwalter, vom Nachlaßpfleger und die Theilungshalber vom Miteigentümer beantragte Subhastation.

Der vierte Abschnitt regelt das „Verfahren bei nicht vollendetem Grundbuch“ und der fünfte Abschnitt endlich gibt „Schluß- und Übergangsbestimmungen“.

Dies wäre der wesentliche Inhalt und die Eintheilung des neuen Gesetzes. Es bleibt uns nun noch übrig, diejenige Neuerung näher zu besprechen, welche allein weitere Kreise in hohem Maße interessiert und dem ganzen Gesetz sein charakteristisches Gepräge giebt. Ich meine die Einführung des geringsten Gebots und die damit zusammenhängende, oben bereits erwähnte Bestimmung betreffend die Fälligkeit der Hypotheken. Ghe wir jedoch zu dieser Besprechung übergehen, müssen wir noch erwähnen, daß es sich nur um eine Neuerung gegenüber der Subhastationsordnung von 1869 handelt, und daß die betreffenden Bestimmungen im Wesentlichen in Neuvorpommern und Rügen und in den vormaligen kurhessischen Landestheilen bereits seit lange in Geltung sind.

Nach der Subhastationsordnung von 1869 wird die Subhastation als ein Partialkonkurs behandelt, wicher alle auf dem Grundstück lastenden Schulden ergreift. Derselben werden sämtlich fällig. Der Ersteher erwirbt das Grundstück frei von allen Hypotheken, welche sämtlich aus dem Baar zu zahlenden Kaufgeld, soweit dasselbe reicht, berichtet werden. Die durch das Kaufgeld nicht gedeckten Realforderungen fallen aus, und diese Folge kann jeder beliebige Personalglaubiger, welcher einen vollstreckbaren Titel besitzt, jeder Zeit herbeiführen, auch wenn er selbst durch die Zwangsvollsteigerung keine Befriedigung findet. Die Gläubiger ihrerseits sind verpflichtet, Baarzahlung anzunehmen, sie können nicht etwa verlangen, daß ihre Hypotheken auf dem Grundstück stehen bleiben, auch wenn dieselben ohne die Subhastation noch nicht fällig gewesen wären.

Im Gegenzug hierzu geht das neue Gesetz von der Annahme aus, daß die Subhastation eines Grundstückes im Wege der Zwangsvollstreckung ein Pfandverkauf sei, welchen der Extrahent lediglich um sich selbst Befriedigung zu schaffen, veranlaßt, daß daher, sofern diesem Zwecke nicht Genüge geschehe, weder der Eigentümer des Grundstücks, noch die übrigen Realgläubiger unnötig zu molestiren seien. Daraus folgert dann das Gesetz zweierlei:

I. Der Zuschlag ist nur dann zu ertheilen, wenn die sämtlichen dem Extrahenten vorgehenden Posten durch das Gebot gedeckt werden. Streng genommen müßte noch dem angeführten Prinzip der Zuschlag nur dann ertheilt werden, wenn von dem Gebote für den Extrahenten irgend ein, wenn auch geringer Betrag noch auf seine Forderung entfällt, weil sonst ja auch der Zwangsvollstreckung keinen Zweck nicht erfüllt. Allein da hier die Grenze zwischen einem gänzlichen Misserfolg und einem geringen Erfolge schwer zu ziehen ist, hat man sich mit obiger Bestimmung begnügt.

II. Durch den Zwangsvollstreckung Seitens eines nachstehenden Gläubigers sollen die vorstehenden Gläubiger gar nicht tangirt werden: Also die dem Extrahenten vorgehenden Forderungen werden durch die Subhastation nicht fällig, sind vielmehr von dem Ersteher in Anrechnung auf das Kaufgeld zu übernehmen, sodaß für den vorstehenden Gläubiger die durch den nachstehenden veranlaßte Subhastation nur denselben Einfluß hat, wie ein Verkauf des Grundstückes aus freier Hand. Allerdings wird in dieser Hinsicht die Absicht des Gesetzes sehr leicht durch die in das Grundbuch eingetragene Bestimmung, daß die Hypothek im Falle einer Subhastation sofort fällig sein soll, vereitelt werden können.

Nach Allem dem gestaltet sich das neue Verfahren folgendermaßen:

Im Bietungstermine hat der Richter, erforderlichenfalls mit Hilfe eines Rechnungsverständigen, zunächst das geringste zulässige Gebot festzustellen und zwar in der Weise, daß durch dasselbe alle Realansprüche, welche der Forderung des Extrahenten vorgehen, sowie die Kosten des Verfahrens gedeckt werden. Kommt nicht einmal dieses geringste Gebot zu Stande, so wird ein Zuschlag nicht ertheilt und die Vollsteigerung ist resultatlos geblieben. Kommt es zum Verkauf, so ist von dem Kaufpreise außer einigen bevorrechteten Ansprüchen, Zinsen, Kosten und fortlaufenden Gebühren nur der das geringste Gebot übersteigende Betrag baar zu zahlen. Aus diesem

Entsprechend der fehlgegangenen Petition über bereitstehende Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

baar zu zahlenden Betrage werden in der bisherigen Weise die Forderung des Extrahenten und der ihm nachstehenden Gläubiger, soweit das Kaufgeld reicht, befriedigt, diejenigen Gläubiger, deren Forderungen durch das Kaufgeld nicht mehr befriedigt werden können, fallen, wie früher, aus und haben ihr Realrecht verloren. Die Posten dagegen, welche dem Extrahenten vorgehen, werden durch den Zuschlag, wie bereits erwähnt, nicht berührt, und gehen durch eine vom Richter in das Protokoll aufgenommene Erklärung auf den Ersteher über. Damit jedoch der Streit darüber, ob eine bei Feststellung des geringsten Gebots berücksichtigte Forderung zu Recht bestehet, nicht schon im Bietungstermine ausgemacht zu werden braucht, ist endlich die Bestimmung getroffen, daß der Ersteher verpflichtet ist, anstatt einer bei Feststellung des geringsten Gebots berücksichtigten Post eine andere in gleicher Höhe und unter denselben Verzinsungs- und Zahlungsbedingungen zu übernehmen, wenn die erstere bei der Vertheilung des Kaufgeldes gänzlich, oder doch mit dem Range vor dem Anspruch des Extrahenten in Wegfall kommt. Es wird dann an die Sielle der alten Hypothek eine neue treten, welche entweder für den zunächst ausgefallenen Gläubiger oder aber für den Subhastaten einzutragen ist.

Dies ist in großen Zügen die wesentlichste Neuerung unseres Gesetzes. Die wohlthätigen wirtschaftlichen Folgen desselben, sowohl für den Grundbesitz, als für Kapitalisten und Kredit-Institute, welche gewillt sind, ihr Geld sicher und dauernd anzulegen, fallen ins Auge. Auf dieselben näher einzugehen, behalten wir uns für einen späteren Aufsatz vor.

## Deutschland.

**B**erlin, 4. Okt. In einem hiesigen Blatte wird im Zusammenhange mit der Nachricht, daß der Polizei-Präsident von Frankfurt, Hergenhahn, aus Anlaß des jüngsten Festes zu Ehren des Kaisers geadelt worden, gemeldet, es heiße, daß derselbe zum Nachfolger des Herrn v. Madai für das hiesige Polizei-Präsidium in Aussicht genommen sei. Dies Gerücht ist aber nicht erst in Folge der Adelsverleihung entstanden, sondern schon früher im Umlauf gewesen. Unmittelbar nach der Erkrankung des Herrn v. Madai habe ich Ihnen mitgetheilt, daß neben dem Prinzen Hohenlohe, der seit Jahren ausschließlich als der designierte künftige Polizei-Präsident von Berlin gezählt hatte, auch die Kandidatur des Herrn Hergenhahn genannt wurde. Unter den höheren Beamten des Ministeriums des Innern und des Polizei-Präsidiums, die am ehesten darüber unterrichtet sein konnten, wurde diese Kandidatur als eine sehr wahrscheinliche besprochen. Da tauchte nach einiger Zeit der Name des Polizei-Präsidenten von Posen, des Herrn v. Colmar, mit solcher Bestimmtheit auf, daß seitdem die beiden früher genannten Herren völlig in den Hintergrund traten. Es ist neuerdings auch nichts vorgekommen, was die Kandidatur des Posener Präsidenten als erschüttert erscheinen ließe. Nur die dem Herrn Hergenhahn zu Theil gewordene Auszeichnung hat das Gerücht aufs neue in Umlauf gebracht. Wahrscheinlichkeit hat dasselbe nicht mehr für sich.

— Auf ein von einem Fabrikantenverein in Forst an den Fürsten Bismarck gesandtes Glückwunschtelegramm ist folgende Antwort eingegangen:

Berlin, den 28. Sept. 1883. Euer Wohlgeboren und Ihren Herren Austraggeber dankt ich verbindlich für die freundliche Begrüßung durch Ihr Telegramm. Ich würde mich freuen, wenn ich einen allgemeinen Erfolg unserer Bemühungen zur Verbesserung des Loses der Veteranen der Arbeit noch erlebte. v. Bismarck.

— Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Staatsminister v. Bötticher, ist am Mittwoch Abend aus Friedrichsruh zurückgekehrt.

— Die Handelskammer von Wiesbaden hatte in ihrem letzten Jahresbericht die Beschwerden der chemischen Industriellen über die Zusammensetzung des Patentamtes, insbesondere über die Besetzung der Mitgliederstellen dieser richterlichen Behörde mit Persönlichkeiten, die für eigene Rechnung solche Unternehmungen betreiben, die an ihren Entscheidungen ein ganz erhebliches finanzielles Interesse haben, zur Kenntnis des Handelsministers gebracht. Jetzt ist sie der „Elberf. Blg.“ zufolge von diesem aufgefordert, diejenigen Thatsachen anzugeben, auf welche sie ihre augenscheinlich gegen den Dr. M., Mitglied des Patentamtes, gerichtete Beschwerde stütze. In Folge dessen hat sich die Handelskammer an mehrere Industrielle mit der Bitte um Mittheilung des zur Begründung dieser Beschwerde dienenden Materials gewandt. Auf den weiteren Verlauf der Sache darf man gespannt sein.

— In den bisher in Preußen ergangenen Gesetzen über die Verstaatlichung von Privatbahnen findet sich zu Gunsten der berührten Gemeinden die Bestimmung, daß die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen über die Verpflichtung der Privatbahnen zur Zahlung von Kommunalsteuern bis zu einer anderen gesetzlichen Regelung der Kommunalbesteuerung der Eisenbahnen auf die vom Staate erworbenen früheren Privatbahnen in gleicher Weise anzuwenden sind, wie bisher.

Das Abgeordnetenhaus ging bei der Berathung der Verstaatlichungsgeze von der Voraussetzung aus, daß durch die Verstaatlichungen die Kommunalsteuerinteressen der Stationsgemeinden nicht geschädigt werden sollen. Dem entgegen wurden bisher zufolge Anordnung des Ministers der öffentlichen Arbeiten zum Zwecke der Auffindung des steuerpflichtigen Reineneinkommens der Bahnen, welches auf die einzelnen Stationen nach Maßgabe der bei ihnen stattgehabten Brutto-Einnahmen aus dem inneren Verkehr vertheilt werden muß, die an die Aktionäre gezahlten Renten als eine auf dem Staatsbetriebe ruhende Abgabe in Abzug gebracht. So wurde das steuerpflichtige Reineinkommen der verstaatlichten Bahnen zum Nachtheil vieler Gemeinden auf ein Minimum reduziert. Wenn bei den Privatbahnen vor der Verstaatlichung die an die Aktionäre vertheilten Dividenden das steuerpflichtige Reineinkommen bildeten, so sind doch offenbar nach erfolgter Verstaatlichung an Stelle der Dividenden jene Renten getreten, die der Staat den Aktionären vertragmäßig zahlt. Beschwerden der Gemeinden über die in Rede stehenden Verkürmungen ihrer Steuerrechte hatten keinen Erfolg, und erst der Anregung der Sache von liberaler Seite im Abgeordnetenhaus bei der Berathung des Eisenbahntats pro 1883/84 ist es zuzuschreiben, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten neuerdings angeordnet hat, daß bei Berechnung des kommunalsteuerpflichtigen Reinertrages der verstaatlichten Eisenbahnen, soweit die Steuerveranlagung noch nicht definitiv erfolgt ist, diejenigen Beträge von der Brutto-Einnahme nicht ferner in Abzug gebracht werden sollen, welche seitens des Staates zur Zahlung der an die Aktionäre zu entrichtenden Renten oder zur Verzinsung der gegen Aktien umgetauschten Consols haben aufgewendet werden müssen.

Die Halbtagschule hat die deutsche Presse in letzter Zeit zum Desteren beschäftigt; insbesondere wurde dabei auf die Verhältnisse im Regierungsbezirk Minden hingewiesen, in welchem nicht weniger als 43 p.Ct. aller Schulen (225 von 524) nur Halbtagschulen sind. Nach einer übereinstimmenden Meldung mehrerer Blätter sind nun aber im Regierungsbezirk Breslau die Schulverhältnisse nur um ein wenig günstiger, denn von den 1633 Schulen desselben sind nicht weniger als 675, also etwa 41 p.Ct., ebenfalls Halbtagschulen. Am besten in dieser Beziehung stehen die Regierungsbezirke Gumbinnen und Aurich, in denen gar keine Halbtagschulen existieren; ganz sporadisch finden sie sich in den Bezirken Marienwerder, Liegnitz, Hildesheim, Lüneburg, Hannover und Stade; etwas stärker in den Bezirken Düsseldorf, Köln und Trier. An die beiden Bezirke Minden und Breslau reicht kein anderer Bezirk in Bezug auf die Zahl der Halbtagschulen auch nur annähernd heran. Aufällig, wie die Abweichung innerhalb der Provinz Westfalen im Regierungsbezirk Minden, ist die starke Zahl der Halbtagschulen im Landdrosteibezirk Osnabrück, nämlich 22 p.Ct., während sonst die Provinz Hannover sehr günstig sitzt. Eine ähnliche Erscheinung zeigt in der Provinz Brandenburg der Regierungsbezirk Frankfurt a. O., in welchem 26 1/2 p.Ct. aller Schulen Halbtagschulen sind. Relativ stark vertreten sind dieselben auch in den Regierungsbezirken Kassel mit 20 und in Posen mit 19 p.Ct.; ungefähr 10 p.Ct. finden sich in den Bezirken Koblenz, Erfurt und Bromberg; alle anderen Regierungsbezirke stehen bedeutend günstiger. In denjenigen Regierungsbezirken, welche eine größere Zahl von Halbtagschulen haben, ist auch die Zahl der auf einen Lehrer entfallenden Schüler ein besonders großer; es stehen Oppeln mit 95, Posen mit 94, Minden mit 91, Breslau mit 85, Münster, Liegnitz, Bromberg mit 84, Arn-

berg mit 83, Frankfurt a. O. mit 78, Osnabrück mit 76 Schülern für einen Lehrer am ungünstigsten.

Dem Vernehmen nach wird auch der Haushaltsetat Preußens pro 1884/85 im Etat des landwirtschaftlichen Ministeriums eine einmalige Forderung von 500,000 M. befußt Förderung genossenschaftlicher Flussregulierungen enthalten. Bekanntlich befand sich eine Position gleicher Höhe auch im Etat pro 1883/84 und wurde vom Landtag genehmigt. Schon damals wurde darauf hingewiesen, daß bei der gegenwärtigen Beschaffenheit der Flüsse, ganz besonders auch bei dem Übermaß von Stauanlagen in denselben, welche die Landeskultur in hohem Grade beeinträchtigen und daher bestellt oder ermäßigt werden müssen, die Regulierungsarbeiten vielfach einen Kostenaufwand erfordern, welcher die Kräfte der Bevölkerung übersteigt, die Genossenschaftsbildungen erschwert und die Bevölkerung von dem Unternehmen abschreckt. Es gehört zu einer geregelten Pflege der Flüsse eine planmäßige Instandsetzung und eine richtig unterhaltene Organisation und Räumung. Eine gesetzliche Verpflichtung, diese Ordnung herzustellen und zu erhalten, besteht in Preußen nicht. Und doch fordert es das eigene lebhafte Interesse des Staates an der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und der damit verbundenen Hebung des Wohlstandes und der Steuerkraft des Landes, daß nach dieser Richtung hin viel geschehe.

Aus industriellen Kreisen will das „Deutsche Tagebl.“ die auffällige Mitteilung erhalten haben, der Chef der Admiralität, General v. Caprivi, habe erklärt, daß in Zukunft wieder den englischen Werften eine größere Zahl von Aufträgen zugewiesen werden soll.

Der Kriegsminister hat über das Kantinenwesen bei den Truppen Bestimmungen erlassen, von denen wir nachstehende mittheilen: Die Kantinen sind Privateinrichtungen der Truppen und haben den Zweck, nur den Angehörigen des Heeres gegen sofortige Bezahlung die gewöhnlichen Lebensbedürfnisse und Gebrauchsgegenstände in bester Beschaffenheit und zu den billigsten Preisen zu liefern. Der Vertrieb anderweitiger Waren ist unzulässig, auch das Niedersezieren im Kantinenlokal nicht gestattet. Die Kantinen können selbst bewirtschaftet oder verpachtet werden, die Entscheidung hierüber steht dem Truppenkommandeur zu. Als leitende Norm ist festzuhalten, daß diejenige Kantine ihrer Aufgabe am vollkommenen entspricht, welche bei und in Erfüllung ihres Zwecks möglichst geringe Überschüsse liefert. Die Überschüsse haben zunächst zur Bildung eines angemessenen Reservefonds zu dienen; die dann noch verbleibenden Überschüsse sind in dem ausschließlichen Interesse der Unteroffiziere und Mannschaften zu verwenden, so daß sie möglichst direkt und gleichmäßig den Bevölkerung wieder zu Gute kommen. Die alljährliche Vertheilung der Überschüsse bis zur Entlassung der Reserven erscheint daher am zweckmäßigsten. Bei Verpachtung der Kantinen hat der Kommandeur des Truppenteils dafür zu sorgen, daß der Pächter den abzuschließenden Kontrakt und im Besonderen die vereinbarten Preisfestsetzungen genau einhält. Zur speziellen Überwachung des Kantinenbetriebes kann eine Aufsichtskommission ernannt werden. Die Verwendung der Pachtgelde hat ebenso zu erfolgen wie die der Überschüsse bei eigenem Betrieb. Mannschaften des aktiven Dienststandes und Detonomen von Offizierspeiseanstalten sind als Pächter ausgeschlossen.

Hinsichtlich der mehrfach erwähnten Versuche mit Repetirgewehren schreibt die „Kreuztg.“

Man kann nicht behaupten, daß es sich bei der ganzen Repetirgewehr-Angelegenheit um eine Erfindung allerersten Ranges handelt,

etwa von der Bedeutung wie seiner Zeit die der Hinterlader oder des Mauser-Gewehrs M/71 waren. Nach Allem, was darüber verlautet, scheinen selbst die Ansichten von berufenen Autoritäten über den Werth von Repetirgewehren im Allgemeinen, wie auch im Speziellen über das bei den Truppen im Versuch befindliche Repetirgewehr stark auseinander zu gehen. Während einerseits von den Anhängern der Repetirgewehre die außerordentliche Feuergegendigkeit derselben und deren Bedeutung in kritischen Gefechtslagen als werthvoll hervorgehoben wird, bestreiten andererseits die Gegner zwar weniger die Nützlichkeit, wie die Dringlichkeit der Einführung einer solchen Waffe. Letztere führen zur Begründung ihrer Ansicht an, daß durch die Einführung einer nur bedingungsweise schneller schiegenden, im übrigen aber keine besseren Leistungen wie das lebige Jägergewehr M/71 aufzuweisen den Waffe, verhältnismäßig wenig gewonnen würde, gegenüber anderen wichtigeren Anforderungen, welche an die Bewaffnung und Ausrüstung, in der Zukunft zu stellen sein werden. Als solche bezeichnet man im militärischen Kreis vor Allem die Mitführung von mehr Patronen bei gleichzeitiger Entlastung des Mannes. Momente, welche jedenfalls früher oder später zu einer gründlichen Umgestaltung von Waffe und Munition, richtig gesagt zur Erleichterung beider führen müssen. Angesichts dieser Bestrebungen, deren Verwirklichung von der Zukunft erwartet wird, scheint eine abwartende Haltung in der Repetirfrage erklärlich, dies um so mehr, als auch unsere Nachbarn keine rechte Freude an ihren Repetirgewehren, die sie bei der Marine eingesetzt haben, zu erleben scheinen. Selbstredend wird es für uns ja immer wünschenswert und anzustreben bleiben, die Vorteile, welche das schnellere Schießen von Repetirgewehren gestattet, unter Beibehaltung unserer jetzigen vorzüglichen Bewaffnung für uns mit möglichst wenig Kosten durch Anfertigen von Magazine nutzbar zu machen, ob die Lösung dieser Aufgabe der Waffentechnik gelingen wird, bleibt indefinit abzurichten.

Mit dem 1. Dezember d. J. treten bekanntlich nach §§ 88 des Gesetzes über die Krankenversicherung der Arbeiter die Bestimmungen, soweit sie die Beschlaffung über die statutarische Einführung des Versicherungszwanges, sowie die Herstellung der zur Durchführung des Versicherungszwanges dienenden Einrichtungen betreffen, in Kraft. Der materielle Theil des Gesetzes tritt erst am 1. Dezbr. 1884 in Wirklichkeit. Gleichwohl ist es in hohem Grade wünschenswert, daß alle Bevölkerung, die Behörden nicht ausgenommen, sich mit der Gestaltung, welche das Krankenversicherung auf Grund des neuen Gesetzes erhalten soll, vertraut machen. Wie dringend dieses Bedürfnis ist, beweist folgender Vorgang, welchen die „Lip. Kor.“ mittheilt. Die Mitglieder einer in der Stadt Potsdam bestehenden Zigarrenarbeiter-Krankenkasse haben beschlossen, die Kasse in eine eingeschriebene Hilfskasse umzuwandeln. Sie arbeiten nach dem Normalstatut ein neues Statut aus und übergaben dasselbe dem Stadtrath Keppler, der als Kommissar des Magistrats mit der Aufsicht über die Kasse beauftragt ist. Als Antwort auf diesen Antrag ist nun der Kasse, wie die „Potsdamer Nachr.“ mittheilen, ein Schreiben des Magistrats vom 17. Septbr. d. J. zugegangen, welches folgenden höchst merkmäßigen Inhalt hat: „Durch das neue Reichsgesetz, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter, vom 15. Juni cr. werden alle jetzt bestehenden Krankenkassen und selbst die eingeschriebenen Hilfskassen in einer für die Arbeiter vortheilhaftesten Art und Weise derartig betroffen, daß es nicht ratsam erscheint, solche vor dem 1. Dezbr. cr. an welchem Tage die Bestimmungen über die Herstellung der zur Durchführung des Versicherungszwanges dienenden Einrichtungen in Kraft treten, nebst einzurichten oder Abänderungen daran vorzunehmen.“

Nach dieser Auffassung des Magistrats zu Potsdam gehört der Antrag des Vorstandes der in Rede stehenden Krankenkasse zu denjenigen, welche die Herstellung der zur Durchführung des Versicherungszwanges dienenden Einrichtungen betreffen. Das Mißverständnis ist so groß, daß man versucht ist, anzunehmen, es sei die Absicht des Magistrats, die Bildung neuer eingeschriebener Hilfskassen zu verhindern. Daß das nicht die Absicht des Gesetzgebers war, ergibt sich aus Folgendem. Das Gesetz bestimmt nur, „für Mitglieder der auf Grund des Gesetzes vom

## Höchstens fünf Worte!

Novelle von C. F. Liebtreu.  
(Fortsetzung und Schluß.)

Das Dienstmädchen kam, um abzuräumen. Er bezahlte die Rechnung. Für das schöne Trinkgeld hätte sie sich heute wohl recht gern wieder in die Wange kneifen lassen, aber er that es nicht; er sah aus, als wären seine Gedanken weit hinten nach China oder Japan geflogen.

„Und sie kommt auch gar nicht herunter“, brummte er ungebüdig. „Nun sind schon wieder zehn Minuten vorbei.“

Aber sie kam bald. Der niedliche Hut stand ihr doch gar zu prächtig und die kleinen Füßchen trippelten so behende über den Kies des Weges beim Tragen der Reisetasche, daß Hermann sich höchst befreite, ihr dieselbe abzunehmen.

„Der Wirth hat mir erlaubt, einige Rosen zu pflücken!“ rief sie vergnügt, „er wird sich wundern, was für eine Praxis ich im Pfücken habe!“

„Darf ich helfen?“

„Da oben den Zweig, bitte, den biegen Sie mir wohl etwas herunter!“

Hermann that es; seine Schulter berührte die ihre. „Warum kann ich denn gar nichts reden!“ seufzte er innerlich. Von einem Busch zum andern eilte sie, bald war ein reizender Strauß zusammen. „Was ist die Uhr?“

„Gleich drei Viertel zehn.“

„Die höchste Zeit! Gehen wir!“

„Nun habe ich noch achtunddreißig Minuten!“ sagte Hermann betrübt.

„Und ich nicht mehr und nicht weniger!“ lachte sie, indem sie seinen Ton nachahmte. „Nun vorwärts, sonst, Herr Doktor, würden Sie bei etwaiger Verspätung mein böses Gesicht niemals vergessen!“

„Das vergesse ich so wie so nicht!“ seufzte er. Sie verließen das Haus, nachdem Hermann dem Wirth auf seinen ehrerbietigen Gruß noch ein weithinschallendes: „Bin sehr zufrieden gewesen, Herr Wirth, adieu!“ in die Ohren geworfen hatte.

Ein Weilchen gingen sie schweigend nebeneinander.

„Gnädiges Fräulein“, sagte Hermann endlich, „jetzt sind es noch sechsundzwanzig Minuten!“

Sie schwieg und schaute auf ihre Rosen.

„Mir ist recht weh um's Herz, daß die schöne Zeit, wo wir zusammen sind, so schnell ein Ende nimmt, so — für immer!“

Sie schwieg immer noch und steckte ihr Näschen tief in die Rosen.

„Liebes Fräulein!“ begann Hermann von Neuem, „Sie sagen ja gar nichts, haben Sie denn gar kein Abschiedswort für mich?“

Keine Antwort. Das niedliche Köpfchen neigte sich auf die Brust.

„Nur wenige Minuten,“ fuhr Hermann fort, „und wir sitzen mit fremden Menschen im Coupé; am Ende unserer Reise aber da trennen sich unsere Wege. Soll ich keine Gelegenheit haben, Sie wiederzusehen? Wollen Sie mir keinen Weg angeben, wie ich mich in Ihrem Hause, dem Hause Ihres Herrn Vaters, einführen darf? Nur eine kurze Spanne Zeit habe ich das Glück, Sie zu kennen, aber dieses Glück werde ich in aller Ewigkeit nicht vergessen! Ein Gefühl hat sich meiner bemächtigt — die Zeit drängt, ich kann nicht warten, ich muß es jetzt sagen — ein Gefühl, das ich noch nie gekannt. Wohl möchte ich es beim Namen nennen, doch es wagt sich nicht über meine Lippen! Sind Sie böse deshalb? O schauen Sie mich doch an, damit ich's in Ihren Augen lese, schauen Sie mich doch nur ein einziges Mal an, bitte, bitte — liebe Grethe!“

Als sie ihren Namen von seinen Lippen hörte, da richtete sie ihr Köpfchen in die Höhe; ihre Wangen glühten, unter den langen schönen Wimpern hervor blieb langsam ihr Auge zu ihm hinauf, so müd und lieb und vertrauenvoll, wie es Worte nicht sagen können. Schweigend nahm sie die schönste Rosenknospe aus dem Strauß und reichte sie ihm.

Das Glück hatte auch ihn stumm gemacht. Er ergriff die Rose, dann die zarte Hand und ließ sie nicht los. Er legte ihren Arm in den seinen und sie ließ es geschehen.

Die Halstelle Bernthal war nur zu bald erreicht. Beide zugleich schauten sich um nach jener Stelle, wo er Grethe gesagt hatte. Eine öde, sandige Haide lag vor ihnen; nur Haidekraut und Ginstler wuchsen darauf und in den dünnen, spärlichen, trockenen Grashalmen zischelte der Wind. Dede und dürr, und doch war es Hermann, als wären sie durch den schönsten, den herrlichsten Blumenhain gewandelt. Was mochte sie wohl denken?

Die Dampfpfeife erklang von ferne, der Zug kam an, ätzend und stöhnend, knarrend und dröhrend machte er Halt.

„Wen besuchen Sie in Wiesendorf?“ fragte Grethe schnell, indem sie ihren Arm aus dem seines nahm.

„Meinen Freund, den Professor Foelmer!“

„Der Herr besucht oft meinen Vater,“ sagte sie lächelnd, „er ist bei ihm sehr gut angeschrieben. Wenn Sie mich heute Nachmittag um vier Uhr im Garten vor unserer Villa dicht bei der großen Fontäne an der Laube sitzen sehen, dann bitte, kommen Sie herein, damit ich meinen so aufmerksamen Besucher dem Vater vorstellen kann.“

„Das wird gehen?“ rief Hermann freudig überrascht.

„Was vermag nicht Alles Papas einziges Töchterlein!“ sagte sie schelmisch und reichte ihm noch einmal die Hand.

Die Wagenthür wurde geöffnet. Fünf Personen saßen schon im Coupé. Wir müssen zur Schande Hermann's gestehen, er hätte sie am liebsten alle vergiften, so viel hatte er noch unter vier Augen zu sagen.

Man spricht so oft von pensées de l'escalier, Gedanken, die erst nach dem Weggehen zu spät dem Besucher einsfallen; man sollte lieber von pensées après la déclaration sprechen; die kommen noch viel tausendmal zahlreicher zu spät als jene.

Ein unlösbares Rätsel ist und bleibt doch das schöne Geschlecht! Da sah das reizende Gesichtchen und schaute so gespannt, so harmlos nach den vorüberzuhenden Bäumen, als wenn gar nichts vorgefallen wäre! War hätte jetzt in dem still vor sich hinschauenden Auge jenen Blick gesucht, den sie Hermann geschenkt! Da sah sie und zupfte gleichzeitig an ihren Handschuhen und kein Zug von ihr verrieth, ob ihr Herz glücklich bewegt war oder nicht.

Beugt und eingewängt fühlte sich Hermann. Man mußte ihm ansehen, daß die Gedanken ihn mächtig durchtobten; sein Auge eilte bald hierhin, bald dorthin, um immer wieder vergebens zu versuchen, einen Blick von ihr zu erhaschen. Liebte sie ihn denn auch? War jener Blick und die Rose nicht vielleicht nur Dankbarkeit?

Der Zug hielt, das Ziel war erreicht.

„Da steht unser Diener,“ sagte sie und fügte halblaut hinzu: „Auf Wiedersehen!“

„Auf Wiedersehen!“ sagte Hermann und grüßte sie mit ehrerbietiger Verbeugung. Der Lakai nahm die Reisetasche und

7. April 1876 errichteten eingeschriebenen Hilfsklassen, sowie der auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfsklassen, für welche ein Zwang zum Beitritt nicht besteht, tritt weder die Gemeinde-Krankenversicherung noch die Verpflichtung einer nach Maßgabe dieses Gesetzes errichteten Krankenkasse beizutreten, ein, wenn die Hilfsklasse, welcher sie angehören, ihren Mitgliedern mindestens dienten Leistungen gewährt, welche in der Gemeinde, in deren Bezirk die Kasse ihren Sitz hat, nach Maßgabe des § 6 von der Gemeindeversicherung zu gewähren sind." Dieses ist die einzige Bestimmung des Gesetzes vom 15. Juni d. J., welche beschränkt auf das Hilfskassengesetz von 1876 zurückwirkt. Dieses Gesetz bleibt nach wie vor auch nach dem 1. Dezember 1884 in Kraft. In dem Bericht der VIII. Kommission des Reichstags über das Krankenfassengesetz heißt es: "Zu § 69 (der Regierungs-Vorlage), welcher die Verhältnisse der eingeschriebenen und freien Hilfsklassen regelt, wurde festgestellt, daß der in demselben gebrauchte Ausdruck, „errichteten Hilfsklassen“, nicht nur die zur Zeit bestehenden Hilfsklassen dieser Art bezeichnen, sondern auch diejenigen Kassen, welche in Zukunft auf Grund des Gesetzes vom 7. April 1876 oder landesrechtlicher Vorschriften errichtet werden." Der Beschuß des Potsdamer Magistrats, den Antrag der Krankenkasse dem Vorstande derselben zurückzugeben, enthält dennach eine Verleugnung des Gesetzes vom 7. April 1876, dessen Wirksamkeit durch das Krankenfassengesetz bis zum 1. Dezember 1884 überhaupt nicht tangiert wird. Die Mitteilung der „Potsd. Nachr.“, der Dezerter der Potsdamer Regierung habe Herrn Kepler erklärt, „daß die artige Statuten überhaupt nicht mehr bestätigt würden, weil das in Folge des bevorstehenden Inkrafttretens des Krankenversicherungsgesetzes doch zwecklos sein würde“, muß also auf einem Irrthum beruhen. Die Regierungsbehörden sind doch nicht kompetent, die Wirksamkeit des Hilfskassengesetzes zu sistiren.

— Man wird sich einer Polemik erinnern, welche in einer Sitzung des Abgeordnetenhauses über eine historische Frage (die Weihen eines Dogen seitens des Papstes für den Feldmarschall Daun) zwischen den Abgeordneten Dr. Majunke und v. Eynern entbrannte. Herr Majunke hat nachträglich über den Gegenstand eine Broschüre veröffentlicht, welche im Oktoberheft der „Preußischen Jahrbücher“ von Herrn v. Eynern besprochen wird. Die freitige Frage wird dabei unter Benutzung der neuesten historischen Publikationen, namentlich der letzten Veröffentlichungen aus den preußischen Staatsarchiven, auf eingehende untersucht und dürfte damit wohl ihre endgültige Erledigung gefunden haben. Interessant ist es zu lesen, wie dem „Historiker“ Majunke der Nachweis geführt wird, daß er von den wichtigsten, diese Fragen betreffenden Dokumenten, jetzt von solchen, die für seine Ansicht sprechen, keine Kenntnis gehabt hat.

— Der Abg. Dr. Windthorst besuchte am Sonntag Abend auf seiner Heimreise von Nüdesheim den katholischen Verein in Düsseldorf. Nach dem Bericht des „Düsseld. Volksbl.“ sagte derselbe in einer Ansprache ungefähr Folgendes: Er komme vom Niederwaldfest, einem der erhebendsten Feste seines Lebens. Gern habe er an demselben Theil genommen, denn es habe dokumentiert, daß die Deutschen aller Parteien und aller Konfessionen fest ständen, wenn es gelte, gegen den äußeren Feind in die Schranken zu treten, und daß alle Meinungsverschiedenheiten im Innern ausgelöscht werden und zwar stets auf dem Boden des Gesetzes.

— Ein in Thorn erscheinendes polnisches Blatt bringt aus

folgte seiner Gebieterin. Hermann schlug einen Nebenweg ein und hatte bald die Wohnung des Freunden erreicht.

„Guten Tag, Ernst!“ rief er vergnügt beim Eintritt in das Junggesellenzimmer dem Freunde entgegen. „Da bin ich!“ „Was, Du Hermann? Wie freue ich mich, Dich wieder zu sehen!“

„Du höre einmal, diese Freude kommt etwas gebrückt heraus! Störe ich Dich? Du bist ja zum Gehen gerüstet, hast Du einen Gang?“

„Das trifft sich recht unglücklich,“ sagte Ernst unbedeutlich. „Ich kann es nicht verschieben, ich muß zum Minister, ich muß mit dem nächsten Zug zur Hauptstadt. Ich kann Dir nicht helfen, Freund! Banke, verschlage Alles, prügle mich — aber Du mußt wieder mit mir zurück!“

„Ich denke nicht daran! Reise wohin Du willst, ich bleibe hier!“ Damit setzte sich Hermann mit solcher Wucht auf das Sofa, daß dasselbe laut ächzte und schwante.

Ernst sah ihn verblüfft an. „Was willst Du denn hier ohne mich in dem langweiligsten aller Nestern! Du hältst es hier ja keinen Tag allein aus. Willst Du die Gänse zählen, willst Du sehen, ob die Küh des Abends pünktlich von der Weide kommen?“

„Dieses weniger. Ich will mich hier verloben!“

Ernst sah ihn an, als wollte er sagen: „Also doch verrückt!“

Hermann erröthet des Freundes silles Mitgefühl. „Durchaus nicht verrückt!“ rief er im Anschluß an dasselbe. „Ich bin gekommen, um mich bei Herrn Kolano vorzustellen und um die Hand seiner Tochter, des Fräulein Grethe Kolano, gehorsam zu bitten.“

„Mensch!“ schrie Ernst und machte eine gewaltig lange Pause. Dann fuhr er mit bewegter Stimme fort: „Ich kann Dich nur bedauern! Kennst Du die Geschichte, in der das Burgfräulein ihre Anbeter immer um die Burg reiten ließ auf spitzen Felsen als Bedingung ihres Jawortes und wie sie sich alle das Genick gebrochen haben?“

„Nicht alle. Einer kam herum! Die Geschichte ist auch anders; Du erzählst doch gar zu schlecht!“

„Ganz gleichgültig. Einer mehr oder einer weniger spielt keine Rolle. Gerade so ist es mit Fräulein Grethe! Sieh' hier unten Fenster führt der Weg von ihrer Villa zur Bahn. Ich

Tisch vom 29. v. M. die auffällige Mitteilung, wonach dort kurz vor der Sobieski-Feier von der „höheren Behörde“ dem Rittergutsbesitzer Adam v. Polczynski, welcher auch Amtsversteher und Kreisdeputirter ist, der Wunsch ausgesprochen worden, er möge auf die dort stattfindende Polenversammlung sein Augenmerk richten und über die Vorgänge auf derselben der Regierung einen „eingehenden Bericht“ erstatte. „Im höchsten Grade von dieser Zumuthung bestremdet, hat nun Herr v. Polczynski in die Hände des Landrats Müller seine vorgenannten Anmerker niedergelegt.“

**Potsdam, 3. Okt.** (Privat-Mitteilung.) Gegen die Richtigkeit der diesjährigen hiesigen Gemeinde-Wahlerrlisten erhob wegen Abänderung der Wahlbezirke Herr Kaufmann Albrecht rechtzeitig Einspruch. Von der Stadtverordnetenversammlung wurde der Einspruch als unbegründet zurückgewiesen. Am 17. August legte nun Herr Albrecht Rekurs gegen diesen Beschuß beim Regierungspräsidenten v. Neefe ein, hat aber bis heute, trotzdem der § 20 der Städte-Ordnung vorschreibt, daß über einen Rekurs der Regierungspräsident innerhalb vier Wochen Entscheidung zu treffen hat, noch keine Antwort erhalten. Herr Albrecht hat sich nun, weil dies nicht geschehen ist, Beschwerde führend an den Oberpräsidenten und den Minister des Innern gewendet, ohne daß bis jetzt auch von dieser eine Antwort eingetroffen wäre. Fast gewinnt es den Anschein, als ob die Antwort erst nach Beendigung der Berliner Stadtverordnetenwahlen, und zwar in ablehnendem Sinne erfolgen soll. Es würde auch einen zu wunderbaren Eindruck machen, wenn man noch vor Beendigung der Berliner Wahlen bestreiten würde, daß in Potsdam die Abänderung der Wahlbezirke nicht gesetzwidrig sei, während in Berlin, um Abänderungen zu ermöglichen, die Stadtverordnetenversammlung aufgelöst und Neuwahlen vorgenommen werden müssen. — Zum Nachfolger des verstorbenen Polizei-Präsidenten v. Engelken in Potsdam soll dem Vernehmen nach der jetzige Landrat des Kreises Ost-Havelland, Graf v. Kanitz, welcher in Potsdam bereits seinen Wohnsitz hat, ernannt werden.

**Breslau, 3. Okt.** Die Vermehrung der Armen in den großen Städten pflegt den Kommunen vermehrte Sorgen in Bezug auf die Armenpflege aufzubürden, eine Last, der man sich wohl überall nach Kräften unterzieht. In Neumarkt scheint man dagegen von der Verpflichtung der Kommune, für die Armen zu sorgen, eine von der allgemeinen Auffassung ziemlich abweichende Anschauung zu haben. Wenigstens ist das Mittel, durch welches man dort die Armenpflege zu erleichtern bestrebt ist, bisher wohl noch nirgends zur Anwendung gelangt. Die „Obrigkeitlichen Bekanntmachungen“, Beilage zum „Neumarkter Stadtblatt“, enthalten in der Nr. 39 vom 26. September cr. die nachstehende vom Magistrat erlassene Bekanntmachung: „Der massenhafte Zugang von Arbeiterfamilien nach der Stadt und daß dadurch hervorgerufene Anwachsen der Armenlasten zwingt uns, an den Bürgersinn der Haushalter die Bitte zu richten, doch ja keinen neu anzuhenden Arbeiterfamilien mit reichem Kindesgegen, die früher oder später doch einmal der Armenklasse zur Last fallen, Wohnung zu gewähren. Die Armenklasse wird im entgegengesetzten Falle niemals Unterstützungen zur Bezahlung rückständiger Wohnungsmiete geben.“ Wenn der Neumarkter Magistrat, um einer derartigen Bitte Gehör zu verschaffen, an den Bürgersinn der Neumarkter appelliren zu müssen scheint, so scheint er von der Humanität der Bürger Neumarkts keine sehr hohe Meinung zu haben. Wie sich die Bürger in ihrer Eigenschaft als Hauswirthe zu der Bitte des Magistrats stellen werden, ist eine andere Frage. Sollte es wirklich unter Arbeitersfamilien mit reichem Kindesgegen nicht vorkommen, daß sie pünktlich ihre Miete zahlen? Und ist nicht eine vermietete Wohnung, für welche der Miethzins richtig erlegt wird, dem Hauswirth angenehmer als eine leerstehende? Schließlich spricht ja wohl auch das bei uns bestehende Freizügigkeitsgesetz gegen die Bitte des Neumarkter Magistrats. (Br. 3.)

**Danzig, 4. Okt.** Die „Danz. Ztg.“ schreibt: Wir theilten vor einiger Zeit mit, daß in Leykau im Danziger Werder ein Gutsbesitzer, der während der langen Regenperiode dieses Sommers einige regenfreie Stunden eines Sonntags Vormittags zum Abreiten eines un-

sage Dir, heiterweise habe ich hier abgefallene Liebhaber zerknirscht abziehen sehen!“

„Heiterweise?“

„Heiterweise!“

„Heiterweise ist viel! Das schadet aber nichts. Ich bleibe hier und versuche es!“ meinte Hermann ungerührt von des Freundes Erregung.

„Wie glücklich war ich bisher bei dem Gebanken!“ rief Ernst elegisch, „daß du wenigstens von Einer Verküpflichkeit frei geblieben: vom Verlieben! Nun — bist Du verloren!“

„Verloren und verrätzt!“ ahmte ihm Hermann pathetisch nach.

„Also Du willst wirklich hier bleiben?“

„Gewiß, mit deiner Erlaubnis. Ich quartiere mich hier ein, Unordnung kann ich ja hier nicht machen!“ sagte Hermann, indem er auf den Wirrwarr der Stube sah.

„Nein, Unordnung findest Du normal vor!“ meinte der Freund mir ernster Überzeugung, indem er sein Auge schweifen ließ über die Bücher, die auf dem Bett lagen, über die Lampe, die unter dem Tische stand, und all' das Andere, was mit eisernem Prinzip sich jenes diejenige Stelle des Zimmers ausgewöhlt zu haben schien, die nicht dafür geeignet war. „Aber eins schwörte mir bei unserer Freundschaft! Hätte ich doch Zeit, ich ließe es mir schriftlich von Dir geben? Schwörte mir auf Dein Wort, daß, wie Du auch verlässt, wirft von dem reichen, stolzen Manne, von dem Fräulein, das gar keine Ahnung von Gefühl hat, was Gefühl ist, das hinter ihrer hübschen Larve nicht das geringste Mitleid hat, dieses Eisherz! schwörte mir, daß Du Dir die ersten vier Wochen kein Leid antun willst!“

„Ich schwör!“ sprach Hermann theatralisch mit Grabsstimme.

„Gut. So bin ich wenigstens darüber beruhigt. In acht Tagen bin ich wieder hier. Die Unruhe um Dich wird mich sehr plagen. Hermann, nur Deinemthalben versprich mir, daß, was auch vorkäme, Du mir sofort telegraphierst. Nicht lang, denn das regt zu sehr auf in solcher Lage, höchstens fünf Worte!“

„Höchstens fünf Worte!“

„Nun, dann gehe ich. Meine Wirthin kennst Du; sie wird Dich bedienen wie mich. Lebe wohl!“ schloß Ernst feierlich.

„Lebe wohl!“ erwiederte Hermann, dem trotz seines heteren Sinnes denn doch der Mut durch das Benehmen seines Freundes etwas gesunken war, und delichte ihm die dargebotene Rechte,

mittelbar hinter seiner Scheune liegenden Ackerstüden benutzt hatte, nachdem sich seine Arbeiter Angestellte der Wetterkalamität freiwillig erheben hatten, deshalb wegen Sonntags-Erholung (wie es in dem Mandat hieß) in eine Polizeistrafe von 5 M. genommen worden war. Der Betroffene hatte hiergegen die richterliche Entscheidung angerufen und so gelangte vor einigen Tagen die Sache vor dem bissigen Schöffengericht zur Verhandlung. Der betreffende Besitzer schilderte dort die Notlage, in welcher die Landwirtschaft sich während der langen Regenzeit befunden, und hob besonders hervor, daß durch seine Arbeit weder eine Störung verursacht noch irgendemand wider seinen Willen vom Besuch des Gottesdienstes abgehalten worden sei, da seine Arbeiter selbst auf Fertigstellung der am Morgen, also vor Beginn des Gottesdienstes begonnenen Arbeit, gegangen hätten. Der Amtsanwalt trug denn auch dieser Notlage infolge Rechnung, als er Herabsetzung der Strafe auf 1 M. den niedrigsten zulässigen Satz beantragte. Das Schöffengericht stellte sich jedoch wesentlich auf den formellen Standpunkt und erkannte auf 3 M. Strafe. Der Urteilsherr bat hiergegen sofort Berufung eingelegt.

**Metz, 2. Okt.** (Privat-Mitteilung.) Gestern Abend um 8 Uhr wurde der Reichstagsabgeordnete Thierarzt Antoine auf Requisition des obersten Reichsanwaltes beim Reichsgericht in Leipzig in seiner Wohnung verhaftet. Über die näheren Umstände erfahren wir aus zuverlässiger Quelle Folgendes: Als der Verhaftbefehl im Laufe des Nachmittags hier eintraf, schickte der Polizeichef zu dem Genannten und ließ anfragen, ob er zu Hause wäre, da er — der Polizeichef — ihn dringend zu sprechen wünschte. Herr Antoine, der, wie es scheint, Wind bekommen hatte, ließ antworten, daß er nicht zu Hause sei und man ihn morgen sprechen könne. Die Polizei ließ jetzt sein Haus zunächst beobachten, und als Herr Antoine sich gegen 8 Uhr aus der völlig dunkel gelassenen Wohnung entfernen wollte, wurde er vor der Thür von einem Schutzmann aufgefordert, ihn zum Polizeichef zu begleiten, der ihm dann den Haftbefehl vorzeigte. Es wurde ihm gestattet, noch einmal in seine Wohnung zu gehen und Abschied von seiner Familie zu nehmen, auch wurde ihm im Untersuchungsgefängnis ein besonderes Zimmer hergerichtet. Ein an seinem Finger befindlicher Ring trug die Inschrift „Revanche“. Derselbe soll ihm abgenommen worden sein. Als Untersuchungsrichter ist ein hiesiger Landgerichtsrath besonders von Leipzig aus ernannt, vor dem er heute das erste Verhör bereits bestand. Eine von ihm angebotene Kautio[n] wurde hier abgelehnt, der Antrag wird nach Leipzig geschickt werden. Man glaubt, daß noch mehrere Verhaftungen, besonders von Mitgliedern des aufgehobenen Cercle littéraire, bevorstehen.

### Frankreich.

**Paris, 3. Okt.** König Alfonso von Spanien hat für die ihm in Paris angehörenden Kleiderstücke eine königliche Vergeltung geübt: er hat den Pariser Armen 10,000 Francs geschenkt. In seinem eigenen Lande wurden ihm zur Entschädigung für die erlittene Unbill begeisterte Ovationen zu Theil, und man kann sagen, daß seine Stellung kaum besser befestigt werden konnte, als durch die Beleidigung des spanischen Nationalgefühls durch französischen Nebermuth. Die Politik des Pariser Pöbels, welche ein Nochfort als Patriotismus glorifizirt, hat sich in der Wirkung auf die einst erhoffte spanische Schwesternrepublik also selbst in's Antlitz geschlagen; sie hat das Kunstdstück fertig gebracht, das tatsächlich politisch isolirte Frankreich auch gesellschaftlich zu isolieren; das Verbannungsurtheil der gebildeten Welt ist ein allgemeines.

Das Journal des Präsidenten der Republik, „La Paix“, bringt einen Artikel, welcher sich bemüht, Herrn Grévy von aller Schuld für die jüngsten Vorgänge in Paris frei zu machen. Das Blatt stellt zunächst in Abrede, daß Herr Grévy den Wunsch ausgesprochen habe, den König von Spanien erst auf seiner

Hermann sah den Scheibenden aus dem Fenster nach. Noch einmal drehte sich Ernst um und rief hinauf: „Höchstens fünf Worte!“

„Höchstens fünf Worte!“ erwiederte Hermann, dann brummte er ärgerlich: „Ach was! Er wird wohl selbst zu den abgefallenen Liebhabern gehören. Grethe's Blick, als sie mir die Rose gab, nein, der kann kein Trugbild sein!“

Drei Tage darauf erhielt Ernst eine Depesche. Hastig und mit zitternder Hand öffnete er sie. Darin stand:

„Hermann ist mein! Gruß! Grethe.“

„Und mir hat sie einen Korb gegeben,“ brummte Ernst, „na, meinetwegen! Es sind wirklich nur fünf Worte.“

### Stadttheater.

**Posen, 5. Oktober.**

„Kabale und Liebe.“

Durch die Vorführung des populären Produktes dichterischen Sturms und Drangs wurde uns gestern Gelegenheit gegeben, in die Leistungsfähigkeit unseres derzeitigen Ensembles einen weiteren Einblick zu thun, zugleich von der Gestaltungskraft unseres genialen Gastes, des Herrn Konrad Kauffmann in Bezug auf Ferdinand des Herrn Kauffmann in Bezug auf Wahrheit der Empfindung, Technik des Spiels und Beherrschung des Vortrages die volle Anerkennung nicht versagen, so können wir doch nicht umhin, in Bezug auf den Grundton der Auffassung einige Bedenken zu äußern. Derselbe geht, so will es scheinen, hinsichtlich der sentimental Anlage ein Weniges über das erwünschte Maß hinaus und nimmt stellenweise allzu deutlich den larvanten Charakter an, wodurch das Gesamtbild des jungen Helden nachtheilig beeinflußt wird. Eine herrliche Figur war der Präsident des Herrn Höhde von Ebeling, eine Leistung, die mit dem Besten, was in dieser Rolle geboten wird, konkurriren kann. Nicht minder Anerkennung verdient der Hofmarschall des Herrn Rettig, wobei ganz besonders hervorzuheben ist, daß sich die Auffassung von jeder Outfitung und Karikatur des hohlköpfigen Höflings fern zu halten wußte. Herr Duandt, der sich bisher nur in kleineren Rollen präsentierte, sich auch dort indessen schon als einen denkenden Künstler mit originaler Gestaltungsfähigkeit erwiesen hatte, entfaltete gestern in der Rolle des kernigen Stadtmusikus Müller sein schönes Talent zu voller Wirksamkeit. Auch der Wurm des Herrn

Rückkehr von Deutschland zu empfangen; denn er sei weder offiziell noch offiziös davon benachrichtigt worden, daß König Alfons beabsichtigt habe, vor seinem Besuch in Deutschland sich in Paris aufzuhalten. Der Paragraph 1 in Artikel VI. der Verfassung besage ferner deutlich genug, daß die Minister für die Politik der Regierung verantwortlich seien, und wenn der König Alfons offiziell nach Paris gekommen, so sei dies wohl nur geschehen, weil ihn jemand eingeladen habe. Dieser jemand sei aber nicht der Präsident der Republik, dem die Verfassung einen solchen Schritt verbiete, sondern das Kabinett gewesen. Deshalb bleibe das Kabinett aber auch für alles verantwortlich, was in Folge seiner Einladung und des Besuches des Königs Alfons geschehen sei.

Die gemäßigt republikanischen Blätter, soweit sie unabhängig sind, wie "National", "Parlement", "Liberté", haben die Berufungsversuche gänzlich aufgegeben. Die "Liberté" schreibt z. B.:

"Welche Idee muß man sich im Auslande von der Pariser Demokratie machen, wo solche Grobheiten möglich sind? Niemals würden solche Thaten in der glorreichen amerikanischen Republik begangen werden. Aber es scheint, daß bei uns in Frankreich das republikanische Regime nun einmal nicht bestehen kann, ohne daß vom Grunde der demagogischen Schaum auf die Oberfläche steigt, welcher alle sozialen Klassen mit einem verderblichen Stoff zerstört."

Nach einer Privatdepeche des "Gaulois" fand in Madrid eine enthusiastische Manifestation zu Ehren der Königin statt. Als die Königin auf dem Balkon, die Prinzessin von Asturien in den Armen haltend, erschien, um dem Volke zu danken, brachte sie, von Erregung überwältigt, in Thränen aus. Die letzte Depeche der Königin an den König in Paris lautet: "Bin in großer Unruhe Deinetwegen, aber thue, was Du für Deine Pflicht hälst."

Der Pariser Korrespondent der "Post, Itg." schildert die Stimmung in der französischen Hauptstadt wie folgt:

"Und nun wäre die Legende gebildet: Im September des Jahres 1883 wollte Monsieur de Bismarck über Frankreich herfallen. Um aber nicht vor Europa als Angreifer zu erscheinen, flügte er Frankreich eine Reihe blutiger Beliedigungen zu, welche es aufzugeben, zu einem unflügen Schritte hinreisen sollten, der als Herausforderung Deutschlands gedeutet werden konnte. Zuerst kamen die "unerhörten Beleidigungen" der "Norddeutschen Allgemeinen Zeitung"; dann die Ernennung des Königs von Spanien zum Obersten eines "Straßburger Ulanenregiments"; endlich die "demonstrative Einweihung des Niederwald-Denkmales, einer monumentalen Beliedigung Frankreichs". Dank dem Einfluß geheimer Agenten des Monsieur de Bismarck kam es auch zu bedauerlichen Strafenlungen gegen den König von Spanien; zum Glück behielt aber die Weisheit der patriotischen Mehrheit des Pariser Volks die Oberhand, König Alfonso XII. schied verwöhnt aus Frankreich und der schlaue Plan von Monsieur de Bismarck war vereitelt."

So wird die Geschichte der letzten Tage dem französischen Volk von seiner Presse erzählt, so wird sie in allen französischen Kreisen, im Salon wie in der Conciergen-Loge, wiederholt, so wird sie in der allgemeinen Erinnerung bleiben.

Der Marquis Teng erschien heute Nachmittag auf dem herkömmlichen Mittwochsempfang auf dem Auswärtigen Amt und hatte eine kurze Unterredung mit Herrn Challemel-Lacour. Da die Antwort der chinesischen Regierung auf das Memorandum Frankreichs noch immer nicht eingetroffen ist, so hat der chinesische Botschafter auch die Verhandlungen über die Tonkinangelegenheit nicht wieder aufnehmen können.

### Großbritannien und Irland.

London, 3. Okt. Die feindseligen Kundgebungen gegen den König von Spanien in Paris bilden den Gegenstand von Leitartikeln in sämtlichen londoner Journals und

werden fast ohne Ausnahme streng genehmigt. Die "Times" meint, es unterliege keinem Zweifel, daß die belägernden Werthe Kundgebung am Sonnabend französischen und nicht spanischen Ursprungs war, dann fährt sie fort:

Eine Nation muß in einen außerordentlichen Zustand tragen, bevor sie gerecht ist, wenn sie voraussehen kann, daß der König eines Nachbarstaates keine höhere und würdigere Beschäftigung hat, als die Erfindung von Methoden, sie zu beleidigen. Eine Ehrenoberstenswürde ist eines der höchsten Komplimente, welches zu verleihen in der Macht des deutschen Kaisers steht und dessen Ablehnung eine tödliche Beliedigung in sich schließen würde. Was auch immer von thörichten Leuten über Deutschlands Rolle in der Angelegenheit gedacht werden dürfte, so ist es sicherlich so klar wie das Tageslicht, daß dem König Alfons keine andere Wahl blieb, als die angebotene Ehrenbezeugung anzunehmen, selbst wenn es nicht auch klar wäre, daß er den Franzosen ein sehr schlechtes Kompliment gezollt haben würde, hätte er ihnen die kindliche üble Laune, welche sie entfaltet haben, zugesetzt. Da dem so ist, würden Gerechtigkeit und guter Anstand die Franzosen gelehrt haben, einen sehr scharfen Unterschied zu machen zwischen ihrem Gast und dessen früheren Wirthen und wenn möglich ihren Willkommen herzlicher zu gestalten. Die dem König von Spanien zugefügte Behandlung läßt sich mitin nicht rechtzeitig, selbst wenn wir die französische Theorie von der deutschen Aktion accepieren."

Ahnlich der "Standard". Der "Daily Telegraph" bemerkt, daß der Besuch des Königs Alfons in Paris durch Zwischenfälle gekennzeichnet sei, die billigerweise als beispiellos in der neueren Geschichte bezeichnet werden mögen — Zwischenfälle, die schon schlimme Folgen gehabt haben und noch schlimmere Folgen haben und noch schlimmere Folgen haben mögen. Der "Morning Advertiser" meint, die Ungezogenheit der Pariser werde Spanien entfremden und Deutschland ergänzen. Sie werden Frankreich vereinzelter als je lassen. Die "Morning Post" schließt einen Indignationsartikel mit folgenden Betrachtungen:

"Es ist möglich, daß, wenn der Wiederhall des deutschen Hornes über den Rhein zurückkommt, der Ruhm der großmächtigen Republikaner vom tumult am Sonnabend sich wesentlich äußern wird. Die Männer, welche den freundlichen Monarchen, der sich ihrer Gastfreundschaft anvertraut, einen Empfang von solch grober Unhöflichkeit vorzüglich bereiten konnten, dürfen kein Übermaß an Heldenhumor zeigen bei der Aussicht, zur Rechenschaft gezogen zu werden."

Nur "Daily News", das stets französischfreundliche Blatt meint, die Franzosen hätten allerdinge Grund gehabt, sich getroffen zu fühlen.

Aus Madrid wird der "Times" gemeldet: es sei fast unmöglich, den Unwillen zu beschreiben, welchen alle Klassen der Gesellschaft wegen der Behandlung des Königs in Paris zeigen. Alle Zeitungen stimmen darin überein, daß die französische Regierung für die Beliedigung verantwortlich ist. Des Königs Ankunft in Madrid, obgleich vollständig unvorbereitet, habe einen ungeheuren Ausbruch eines volkstümlichen und freiwilligen Enthusiasmus hervorgerufen. Der König und die Königin hielten einen öffentlichen Empfang, bei welchem 30,000 Personen, Reiche und Arme, durch die Säle sich bewegten. Die Stadt war am Abend glänzend beleuchtet. Die "Times" sagt, man könne nicht daran zweifeln, daß die jüngsten Ereignisse eine bedeutende Veränderung in der Zusammensetzung des französischen Ministeriums hervorrufen werden. — Die "Times" veröffentlicht einen besonderen Artikel über die deutsche Armee und sagt, es sei eine enorme militärische Kraft in derselben verborgen und Europa werde wahrscheinlich bei dem nächsten Feldzuge erstaunt sein über eine Entwicklung, die nur Wenigen bekannt ist.

Ein Berichterstatter der "Times" hatte in Bordeaux eine Unterredung mit dem spanischen Minister Marquis Véga, in welcher letzterer die Nachricht, daß er eine geheime Besprechung mit Bismarck gehabt habe, als unrichtig bezeichnete; doch gab er zu, eine private Unterredung gehabt zu haben. Der Marquis

### Ein französisches Urtheil über die Niederwaldfeier.

Ein Mitarbeiter des Pariser "Temps" bringt im erfreulichen Gegensatz zu den schiefen Urtheilen seiner Landsleute über Deutschland einen Bericht über die Entblüssung des Niederwalddenkmals, der rückhaltlos den Eindruck widergibt, den das großartige Fest bei ihm hervorgebracht hat. Der Bericht gibt zuerst in beinahe entblästlichen Worten ein Bild des Kaisers bei der Festlichkeit. Es heißt da:

"Der Kaiser war der Mittelpunkt aller Blicke, in der Volksphantasie ist seine Persönlichkeit Alles. Bei seinen 86 Jahren hat er einen geradezu erstaunlichen Zug von Gesundheit und Kraft, keine Spur von Ermüdung auf diesem feinen, energischen und gesammelten Gesicht. Die Haltung ist gerade und stramm. Die Physiognomie, gewöhnlich so freundlich und leutselig, zeigt in diesem Augenblick den Ausdruck tiefster Ernstes, spiegelt einen beverbischenden und absorbirenden Gedanken wieder. Während der sehr langen Ansprache des Grafen Eulenburg bewahrte der Kaiser vollkommene Unbeweglichkeit; keine Muskel des Gesichtes zuckte, keine Bewegung, die Ermüdung anzeigen: als oberstes Haupt der Armee giebt er seinen Soldaten das Beispiel der Unbeweglichkeit. Hinter einer Reihe von Zuschauern verborgen konnte ich während einer halben Stunde die Züge dieses wunderbaren Werkes beobachten. Ich möchte meine Lefer theilnehmen lassen an den tiefen Eindrücken, die mich erfaßten, als ich diesen Herrscher betrachtete, der den Weltfrieden in den Fäten seines Soldatenmantels trägt."

Kaiser Wilhelm kann als der Typus des glücklichen Menschen und Herrschers betrachtet werden. Er herrscht seit einem Vierteljahrhundert und hat schon um zehn Jahre das Lebensalter Ludwigs XIV. überschritten. Er hat nicht nur alle seine persönlichen Wünsche erfüllt, sondern auch die Träume seines Volkes, die hundertjährigen Befreiungen seines Staates und die traditionelle Legende seines Hauses. Er hat sein Land im tiefsten Abgrund und er hat die Bevölkerung gelöst, die für ein edles Herz die größte ist, dieses Land mit eigenen Händen auf den Höhepunkt des Ruhmes und der Macht zu bringen. Er hat Preußen besiegt, gedemütigt, zerstört und gesiegt und im Namen dieser selben preußischen Monarchie übt er jetzt die Diktatur in Europa aus. Es ist der Sohn jener Königin, die Napoleon mit soldatischer Freiheit behandelte und anwalte ist er als Sieger in Paris eingezogen. Die Gewalt war für ihn eine ernste Aufgabe, ein geheiliges Amt; die Pflichten desselben erfüllte er mit vollster Überzeugung. Umgeben von der Dankbarkeit und Verehrung seines Volkes ehrt er in sich selber den Vollzieher der Beschlüsse der Vorstellung. Die Geschichte bietet kein anderes Beispiel eines so vollständigen, so unerhörbaren, so heiteren Glücks dar; um so vollständiger als das hohe Alter des Kaisers und der gegenwärtige Lauf der Ereignisse den Kaiser vor dem unabwendbaren Wechsel menschlicher Geschicke sichern zu sollen scheint. Die Geschichte, die allen Dingen gerecht wird, wird den ersten deutschen Kaiser auf einen großen Platz stellen; die deutsche Einheit ist kein Werk und sie scheint gemacht, um auch die härtesten Proben zu bestehen.

sagte, er habe Spanien durch keine Abmachungen mit dem deutschen Kaiser, Bismarck oder Hazfeldt gebunden.

In einflussreichen Kreisen in Berlin — berichtet der Berliner Korrespondent des "Standard" — hat die feindselige Kundgebung gegen den König Alfons gewaltige Entrüstung, aber keine große Überraschung erzeugt. Obwohl die auf das Haupt des jungen spanischen Herrschers gehäuften Beliedigungen natürlicherweise wirklich gegen Deutschland gerichtet sind, wird die deutsche Regierung, wie man hört, durchaus keine diplomatische Notiz von der Sache nehmen.

### Rußland und Polen.

Petersburg, 3. Okt. Über die Polen in Sibirien bringt anlässlich des kaiserlichen Begnadigungsmanifestes die Zeitung "Sibir" folgende Notiz: "Vor mehr als zwanzig Jahren wurden nach Sibirien einige Tausend Polen verschickt. Viele von ihnen sind in dem kalten Lande, in Folge von Not und Entbehrungen, unter denen sich hier die jungen, erfahrene Leute (größtentheils von 17 bis 35 Jahren) befanden, gestorben. Kaum die Hälfte aller nach Sibirien Verschickten hat das jetzige Jahr erlebt. Jetzt fehren sie fast alle laut dem Allerböschten Manifest in die Heimat zurück. Was haben sie für Sibirien getan? Welche Spuren hinterlassen sie hier und welche Erinnerungen nehmen sie mit an unser Land und an uns selbst? Nach der Ankunft in Sibirien und nach der Befreiung aus den Gefängnissen und von der ständigen polizeilichen Aufsicht geben sich die Polen keiner Verzweiflung hin und wachen sich auch nicht auf einen leichten Beuteerwerb. Zur Verbreitung ihres Unterhalts bringen sie an, sich mit Handel, Gewerben und selbst der Landwirtschaft zu beschäftigen. Sie haben viel zur Entwicklung der Gewerbe und des Gemeinschaftsbaus in Sibirien beigetragen. Ein Student der mathematischen Fakultät wurde Schlosser, Färber, Tischler oder Uhrmacher; ein Gutsbesitzer lernte bauen oder fing an Brot, Brot und anderes Gebäck zu verkaufen. Das Brotmachers, Konditor und noch andere Gewerbe mehr verbanden ihre Entstehung und Entwicklung in Sibirien ausschließlich den Polen. Vor Ankunft der Polen hatten wir beinahe gar keine Café-Restaurants, Wirtshäuser und ordentliche Cafhäuser. Während ihres zwanzigjährigen Aufenthaltes haben die politischen Vergehen halber verschickten Polen viele ihrer so sympathischen nationalen Eigenschaften wie Höflichkeit, taktvolles Verhalten und das besonders in die Augen fallende humane Umgeben mit den Dienstleuten, dem Volke und der Gesellschaft Sibiriens mitgeteilt. Sie haben unzweifelhaft zur Erhebung des Bildungsniaveaus in den mittleren und unteren Schichten beigetragen. Auch die gelehrten Arbeiten der in Sibirien wohlbekannten Geologen und Naturforscher aus der Mitte der verschiedenen Polen, wie die Arbeiten von Cieslowski, Dybowski, Cieski u. s. w., kann man nicht unerwähnt lassen; ebenso wie auch die vielen polnischen Arbeiter, die oft ihr Leben dem Berufe opfern, nicht zu vergessen sind. Die Namen Logowski, Czeslawski, Jarocki u. s. w. werden in Sibirien lange nicht vergessen werden. Sibirien erkennt die Verdienste der politischen Vergehen halber verschickten Polen an und schätzt dieselben. Das sibirische Volk und die Gesellschaft wird sie immer in dankbarer Erinnerung behalten. Die Bewohner Sibiriens bewillkommen zusammen mit den Polen das Allerböschte Manifest und begleiten dieselben auf ihrer Heimreise mit den besten Wünschen.

### Entwurf eines Gesetzes,

betreffend  
die Kommanditgesellschaften auf Aktien und  
die Aktiengesellschaften.

(Schluß.)

Art. 180. Der Gesellschaft sind die persönlich haftenden Gesellschafter für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben, welche sie rücksichtlich der Zeichnung und Einzahlung des Kapitals der Kommanditisten, sowie rücksichtlich der in Artikel 175 b vorgesehenen Festlegungen befußt Eintragung des Gesellschaftsvertrages in das Handelsregister machen, solidarisch verhaftet; sie haben unbeschadet der Verpflichtung zum Erfüllen des sonst etwa entstandenen Schadens, insbesondere einen an der Zeichnung des Gesamtkapitals der Kommanditisten fehlenden Betrag zu übernehmen, fehlende Einzahlungen zu leisten und eine Vergütung, welche nicht unter den zu bezeichnenden Gründungsaufwand aufzunehmen ist, zu ersehen. Von dieser Verbindlichkeit ist

— Als der Kaiser auf der Plattform vor dem Denkmal angelangt war, entblößte er das Haupt und die Musik spielte die Wacht am Rhein. Die ganze Versammlung fällt im Chor ein, aus dem Thal und von den Höhen steigen die gewaltigen Akkorde des Nationalliedes empor, in der Entfernung von 100,000 Stimmen wiederholt. Ich leugne den Eindruck von Größe nicht, den mir diese Szene machte. Ich hatte mir nicht verbühlt, als ich hierher kam, welche Art Empfindung ich zu beobachten haben würde bei diesem Schauspiel, wo ich vor Allem eine Lehre suchte. Aber die tiefe Bewegung, welche durch diese Menge ging, riß mich mit fort; ich sah mich einer furchtbaren Macht gegenüber, die einer einzigen Leitung folgt, die um so mächtiger ist, da sie von Überlegung und Selbstbeherrschung erfüllt ist.

Ich drängte meinen Schmerz als Franzose und Elsäßer zurück gegenüber diesem Triumph, dessen Trophäen wir geliefert haben, ich beneide und bewunderte diese gewaltige Manifestation des Nationalgefühls. Und des Abends bei der Rückkehr unter dem besternten Himmel auf dem von Feuern glänzenden Rhein, der mit Booten besetzt war, als auf dem Werder des Dampfers, der mich heimführte, ich rings um mich das Nationallied begeistert von allen Lippen hörte, das empflog zu dem in elektrischem Lichte glänzenden Bilde der Germania, da waren meine Gedanken auf mein Vaterland gewendet und ich fand in meinem Herzen nur den glühenden Wunsch, daß auch wir eines Tages durch Patriotismus, Entzag und Muth es verdienen möchten, das wiederhergestellte und vergrößerte Frankreich zu feiern.

Ich möchte die Erzählung dieser Reise schließen, indem ich ein Wort von dem Eindrucke sage, den ich aus einigen Unterredungen zu empfangen Gelegenheit hatte. Beamten, Journalisten, Bürger und Arbeiter, bei allen habe ich ein lebhafes und sehr verständiges Gefühl von Patriotismus gefunden; nirgends sah ich nationale Feindseligkeit und Hass gegen Frankreich. Überall bin ich einer delikaten und vollendeten Courtoisie, die nicht affektiert war, begegnet. Aber der Deutsche, der nicht die Gewohnheit des selfgovernment noch vor Allem die des Initiative auf politischem Gebiete hat, besitzt in dieser Hinsicht eine passive Resignation, die den Franzosen unbekannt ist. Er hat nicht, wie unsere demokratischen Doktrinärs, den Glauben an die Autorität eines abstrakten Prinzips, in die Allmacht des Volkswillens. Er glaubt nicht, daß ein Volk absolut Herr sei, seine Geschichte nach seinem Beleben zu lenken; er fühlt sich einer höheren Leitung unterworfen und nimmt sie hin; er hat ein sehr entwickeltes Gefühl für die historischen Notwendigkeiten, welche die französische demokratische Schule so bereitwillig verachtet. Nirgends habe ich kriegerische Dispositionen gefunden; die vernünftigsten Deutschen wissen wohl, daß ihr Land Alles, was es wünschen könnte, erreicht hat, und das sie, wenn sie das Schicksal aufs Neue versuchen, viel aufs Spiel setzen würden, ohne dagegen die Chance irgend eines wirklichen Gewinnes zu haben. Doch sie unterwerfen sich der höheren Gewalt der Ereignisse."

### Die Kosten des National-Denkmales.

In Nachstehendem geben wir nach dem "Centralblatt der Bauverwaltung" eine Übersicht der Kosten des riesigen Werkes in abgerundeten Hauptsummen:

1) Architektonischer Aufbau mit Zubehör:	
der eigentliche architektonische Aufbau . . .	337,700 M.
Bauplatz und Terrassen-Anlagen . . .	113,000 "
Bau des Warterhauses . . .	18,000 "
Gärtnerische Anlagen . . .	3,500 "
Inschrifttafeln und Randelaber . . .	9,000 "
Kosten der Bauleitung . . .	31,000 "
	210,000 "
2) Gugmodelle . . . . .	
Germania . . . . .	175,750 "
Gruppe Rhein und Mosel . . . . .	35,000 "
die Figuren Krieg und Frieden . . . . .	60,000 "
die verschiedenen Wappen . . . . .	10,880 "
der Adler, die Kränze u. s. w. . . . .	26,950 "
die kleinen Reliefs . . . . .	21,300 "
das große Relief . . . . .	51,300 "
	27,000 "
4) Die Prämiten bei den Konkurrenzen . . . . .	31,000 "
5) Verwaltungskosten durch 12 Jahre . . . . .	

Der Gesamtkostenbetrag, an dessen Ausbringung sich die ganze deutsche Nation beteiligt hat, wird sich voraussichtlich nabeu auf 1,192,000 M. stellen; wie bekannt, haben die vaterländischen Kriegervereine die Kosten für die Kolossalfigur des Krieges aufgebracht, während die gegenüberstehende Figur des Friedens von den deutschen Studirenden gefistet worden ist.

ein persönlich haftender Gesellschafter befreit, wenn er beweist, daß er ohne Verleugnung der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns keine Kenntnis von der Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit gehabt hat.

Für den Ertrag einer Vergütung, welche nicht unter den zu bezeichnenden Gründungsaufwand aufgenommen ist, haften der Gesellschaft außer den persönlich haftenden Gesellschaftern solidarisch der Empfänger, wenn er zur Zeit des Empfanges wußte oder nach den Umständen annnehmen mußte, daß die Verheimlichung beabsichtigt oder erfolgt war, und jeder Dritte, welcher zur Verheimlichung wissenschaftlich mitgewirkt hat.

Ist die Gesellschaft durch Einlagen oder Uebernahmen der im Artikel 175 bezeichneten Art bößlicher Weise von persönlich haftenden Gesellschaftern geschädigt, so sind ihr die letzteren und jeder Dritte, welcher zu der bößlichen Handlungswise wissenschaftlich mitgewirkt hat, solidarisch zum Schadenerfaß verpflichtet.

Für einen durch Zahlungsunfähigkeit eines Kommanditisten entstehenden Ausfall haften der Gesellschaft solidarisch die persönlich haftenden Gesellschafter, welche bei der Anmeldung des Gesellschaftsvertrages die Zahlungsunfähigkeit kannten.

Art. 180a. Wer vor Ablauf von zwei Jahren seit Eintragung des Gesellschaftsvertrages in das Handelsregister ein öffentliches Angebot von Aktien erläßt, um solche in den Verkehr einzuführen, ist der Gesellschaft im Falle der Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der Angaben, welche die persönlich haftenden Gesellschafter rücksichtlich der Bezeichnung und Einzahlung des Gesamtkapitals der Kommanditisten und der in Artikel 175 vorgesehenen Festsetzung behufs Eintragung des Gesellschaftsvertrages in das Handelsregister gemacht haben, sowie in dem Fall einer bößlichen Schädigung der Gesellschaft durch Einlagen oder Uebernahmen für den Ertrag des ihr daraus entstandenen Schadens neben den in Artikel 180 bezeichneten Personen solidarisch verhaftet, sofern er die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der Angaben oder die bößliche Schädigung gekannt hat oder bei sorgfältiger Prüfung, wie solche von einem ordentlichen Geschäftsmann anzusehen ist, hat kennen müssen.

Art. 180b. Mitglieder des Aufsichtsraths, welche bei der ihnen durch Artikel 175d Absatz 3 auferlegten Prüfung die Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes verlegt haben, haften der Gesellschaft für den Ertrag des Schadens, soweit solcher von den in Gemäßheit der Artikel 180, 180a verpflichteten Personen nicht zu erlangen ist.

Art. 180c. Vergleiche oder Verzichtleistungen, welche die der Gesellschaft aus der Gründung zustehenden Ansprüche gegen die in Gemäßheit der Artikel 180 bis 180b verpflichteten Personen betreffen, sind erst nach Ablauf von drei Jahren seit Eintragung des Gesellschaftsvertrages in das Handelsregister und nur mit Zustimmung der Generalversammlung der Kommanditisten zulässig.

Art. 180d. Werden vor Ablauf von zwei Jahren seit Eintragung des Gesellschaftsvertrages in das Handelsregister Seitens der Gesellschaft Verträge geschlossen, durch welche sie vorhandene oder herzustellende Anlagen oder sonstige Vermögensstücke für eine den zehnten Theil des Gesamtkapitals der Kommanditisten übersteigende Vergütung erwerben soll, so bedürfen dieselben zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Generalversammlung der Kommanditisten.

Vor der Beschlussschaffung hat der Aufsichtsrath den Vertrag zu prüfen und über die Ergebnisse seiner Prüfung schriftlich Bericht zu erstatten.

Die Anteile der dem Vertrage zustimmenden Mehrheit der Kommanditisten müssen mindestens ein Viertel des Gesamtkapitals darstellen.

Der genehmigte Vertrag ist in Urkchrift oder in beglaubigter Abschrift mit dem Bericht des Aufsichtsraths nebst dessen urkundlichen Grundlagen und mit dem Nachweis über die Beschlussfassung zum Handelsregister einzureichen.

Hat der Erwerb in Ausführung einer vor der Errichtung der Gesellschaft von den persönlich haftenden Gesellschaftern getroffenen Vereinbarung stattgefunden, so kommen in Betreff der Rechte der Gesellschaft auf Entschädigung und in Betreff der erlaubtlichen Personen die Vorschriften der Artikel 180 und 180c zur Anwendung.

Art. 180e. Jede Bestimmung, welche die Fortsetzung der Gesellschaft oder eine Abänderung des Inhalts des Gesellschaftsvertrages zum Gegenstande hat, bedarf zu ihrer Gültigkeit der notariellen oder gerichtlichen Abschaffung.

Die Bestimmung muß in gleicher Weise wie der ursprüngliche Vertrag in das Handelsregister eingetragen und veröffentlicht werden (Art. 177, 179). Dieselbe hat keine rechtliche Wirkung, bevor sie bei dem Handelsgericht, in dessen Bezirk die Gesellschaft ihren Sitz hat, in das Handelsregister eingetragen ist.

Art. 180f. Die Abänderung des Inhalts des Gesellschaftsvertrages kann nicht ohne Beschuß der Generalversammlung der Kommanditisten erfolgen. Sofern die Gesellschaftsvertrag für eine Abänderung derjenigen Bestimmung, welche den Gegenstand der Beschlussfassung bildet, nicht andere Erforderniss aufstellt, bedarf der Beschuß einer Mehrheit von drei Vierteltheilen des in der Generalversammlung vertretenen Gesamtkapitals.

Diese Vorschrift findet auch dann Anwendung, wenn mehrere Gattungen von Aktien mit verschiedener Berechtigung ausgegeben sind.

Soll durch die Beschlussfassung das bisherige Rechtsverhältniß unter den verschiedenen Gattungen zum Nachteil einer derselben abgeändert werden, so bedarf es zu dem von der gemeinschaftlichen Generalversammlung gefaßten Beschuß der Zustimmung einer besonderen Generalversammlung der benachteiligten Kommanditisten, deren Beschlussfassung gleichfalls nach der Vorschrift des ersten Absatzes sich richtet.

Art. 180g. Eine Erhöhung des Gesamtkapitals der Kommanditisten darf nicht vor der vollen Einzahlung derselben erfolgen.

Die Erhöhung kann nicht ohne Beschuß der Generalversammlung der Kommanditisten stattfinden. In dem Falle, daß auf die neuaußugebenden Aktien ein anderer als der Nominalbetrag eingezahlt werden soll, hat der Beschuß den Mindestbetrag zu bezeichnen, zu welchem die Aktien auszugeben sind. Bei einer Erhöhung, welche in den ersten zwei Jahren seit Eintragung des Gesellschaftsvertrages in das Handelsregister geschlossen wird, darf ein geringerer als der Nominalbetrag nicht festgesetzt werden.

Die Bestimmung über die Erhöhung ist in das Handelsregister einzutragen. Auf die Eintragung und die Beschlussfassung finden die Vorschriften in Artikel 180e und in Artikel 180f Absatz 1 und 3 entsprechende Anwendung.

Eine Zusicherung von Rechten auf den Bezug neu auszugebender Aktien, welche vor dem Beschuß auf Erhöhung des Gesamtkapitals erfolgt, ist der Gesellschaft gegenüber unwirksam.

Art. 180h. Zur Bezeichnung der neu auszugebenden Aktien genügt eine schriftliche, in zwei Exemplaren zu unterzeichnende Erklärung.

Die statthaftgefundene Erhöhung des Kapitals der Kommanditisten ist behufs der Eintragung in das Handelsregister anzumelden. In der Anmeldung ist zu versichern, daß das bisherige Kapital voll eingezahlt sei. Im Übrigen finden auf dieselbe die Vorschriften im Artikel 176 und 179 entsprechende Anwendung. Vor der Eintragung der statthaftgefundenen Erhöhung in das Handelsregister (Art. 176) sollen Aktien, Promessen oder Interimscheine nicht ausgegeben werden.

Art. 181. Die Einlagen, mit welchen ein persönlich haftender Gesellschafter sich in Gemäßheit des Art. 174a bei der Errichtung der Gesellschaft betheiligt hat, dürfen ihm weder ganz noch theilweise zurückgegeben oder erlassen werden.

Er darf den Anteil, welcher ihm am Gesellschaftsvermögen einschließlich des Gesamtkapitals der Kommanditisten auf solche Einlagen zugewiesen ist, nur an andere persönlich haftende Gesellschafter verkaufen. In gleicher Weise ist, wenn er als persönlich haftender Gesellschafter ausscheidet, die Veräußerung des ihm auf solche Einlagen bei der Auseinandersetzung aufzuhaltenden Anteils bis zum Ablauf von zehn Jahren seit Eintragung des Gesellschaftsvertrages in das Han-

desregister beschränkt. Während der Dauer dieser Beschränkung dürfen die Anteile nicht ausgetauscht und eine Pfändung derselben für Privatgläubiger des persönlich haftenden Gesellschafters nicht bewirkt werden.

Soweit die Einlagen auf das Gesamtkapital der Kommanditisten gemacht sind, hat der Aufsichtsrath die hierfür auszustellenden Aktien, Promessen oder Interimscheine in Verwahrung zu nehmen und mit dem Vermerk „unveräußerlich“ zu versehen. Die Lösung des Vermerks findet durch den Aufsichtsrath nach dem Wegfall der bezeichneten Beschränkung statt.

Art. 181a. Aktien, Promessen und Interimscheine, welche auf Inhaber lauten, auf einen geringeren als den nach Art. 173a zugesetzten Betrag gestellt sind oder ausgegeben werden, bevor der Gesellschaftsvertrag bei dem Handelsgericht, in dessen Bezirk die Gesellschaft ihren Sitz hat, in das Handelsregister eingetragen ist, sind nichtig; die Ausgeber haften den Besitzern solidarisch für allen durch die Aussage verursachten Schaden.

Art. 182. Die Aktien müssen mit genauer Bezeichnung des Inhabers nach Namen, Wohnort und Stand in das Aktienbuch der Gesellschaft eingetragen werden.

Sie können, soweit nicht der Art. 181 oder der Gesellschaftsvertrag ein anderes bestimmt, ohne Einwilligung der Gesellschaft auf andere Personen übertragen werden.

Die Übertragung kann durch Indossament geschehen.

In Betreff der Form des Indossaments kommen die Bestimmungen der Artikel 11 bis 13 der allgemeinen Deutschen Wechselordnung zur Anwendung.

Art. 183. Wenn das Eigenthum der Aktie auf eine Anderen übergeht, so ist Dies, unter Vorlegung der Aktie und des Nachweises des Überganges, bei der Gesellschaft anzumelden und im Aktienbuche zu bemerkern.

Im Verhältnisse zu der Gesellschaft werden nur diejenigen als die Eigentümer der Aktien angesehen, welche als solche im Aktienbuche verzeichnet sind.

Zur Prüfung der Legitimation ist die Gesellschaft berechtigt, aber nicht verpflichtet.

Art. 183a. Die in Artikel 182 und 183 enthaltenen Bestimmungen finden auf die Eintragung der Promessen oder Interimscheine und auf die Übertragung derselben auf andere Personen Anwendung.

Vor der vollen Einzahlung des Nominalbetrages oder des für diesen im Falle des Artikels 180g Absatz 2 festgesetzten Betrages sollen Aktien nicht ausgegeben werden.

Art. 184. Ein Gesellschafter, welcher den auf die Aktie zu leistenden Betrag nicht zur rechten Zeit einzahlt, ist zur Zahlung von Verzugszinsen von Rechts wegen verpflichtet.

Im Gesellschaftsvertrage können für den Fall der verzögerten Einzahlung Konventionalstrafen ohne Rücksicht auf die sonst stattfindenden geleglichen Einschränkungen festgesetzt werden.

Ist im Gesellschaftsvertrage keine besondere Form, wie die Aufforderung zur Einzahlung gegeben, so ist dies, unter Vorlegung der Aktie und der geleisteten Theilszahlungen, bei der Belanntschaft nach dem Gesellschaftsvertrage überhaupt erfolgen müssen.

Art. 184a. An sämige Gesellschafter kann eine erneute Aufforderung zur Zahlung unter Androhung ihres Ausschlusses mit dem Anteilsrecht erlassen werden. Die Aufforderung hat mindestens dreimal durch Bekanntmachung in den hierzu bestimmten öffentlichen Blättern, die erste Bekanntmachung mindestens drei Monate und die letzte Bekanntmachung mindestens vier Wochen vor Ablauf der für die Einzahlung gesetzten Nachfrist zu erfolgen. Statt der Bekanntmachungen in den öffentlichen Blättern genügt, falls das Anteilsrecht nicht ohne Einwilligung der Gesellschaft übertragbar ist, die Bekanntmachung der Aufforderung mit einer vier Wochen übersteigenden Nachfrist durch besondere Erlass an die sämigen Gesellschafter.

Ein Gesellschafter, welcher den auf die Aktie zu leistenden Beitrag nicht einzahlt, obwohl die im vorstehenden Absatz bezeichnete Aufforderung stattgefunden hat, ist seiner Anteile aus der Zeichnung der Aktie und der geleisteten Theilszahlungen zu Gunsten der Gesellschaft verlustig zu erklären. Die den Ausschluß bewirkende Erklärung erfolgt mittels Bekanntmachung durch die hierzu bestimmten öffentlichen Blätter. An Stelle der bisherigen Urkunde ist eine neue auszugeben, welche außer dem früher geleisteten Theilszahlungen den eingeforderten Betrag zu umfassen hat. Wegen des Aussfalls, welchen die Gesellschaft an diesem Betrage oder den später eingeforderten Beträgen erleidet, bleibt ihr der ausgeschlossene Gesellschafter verhaftet.

Von den vorstehenden Rechtsfolgen kann der Gesellschafter nicht befreit werden.

Art. 184b. Soweit der ausgeschlossene Gesellschafter den eingeforderten Betrag nicht gezahlt hat, ist für denselben der Gesellschaft der leste und jeder frühere, in dem Aktienbuche verzeichnete Rechtsvorgänger verhaftet, ein früherer Rechtsvorgänger, soweit die Zahlung von dessen Rechtsnachfolger nicht zu erlangen ist. Dies ist bis zum Nachweis des Gegentheils anzunehmen, soweit von Letzteren die Zahlung nicht bis zum Ablauf von vier Wochen geleistet wird, nachdem an ihn die Zahlungsaufforderung und an den Rechtsvorgänger die Benachrichtigung von derselben erfolgt ist. Der Rechtsvorgänger erhält gegen Zahlung des rückständigen Betrages die neu auszugebende Urkunde.

Die Haftpflicht des Rechtsvorgängers ist auf die innerhalb der Frist von zwei Jahren auf die Aktien eingeforderten Beträge beschränkt. Die Frist beginnt mit dem Tage, an welchem die Übertragung des Anteilsrechts zum Aktienbuche der Gesellschaft angemeldet ist.

Von den vorstehenden Verbindlichkeit können die Rechtsvorgänger nicht befreit werden.

Ist die Zahlung des rückständigen Betrages von Rechtsvorgängern nicht zu erlangen, so kann die Gesellschaft das Anteilsrecht zum Börsenpreise und in Ermangelung eines solchen durch öffentliche Versteigerung verkaufen.

Art. 184c. Die Gesellschafter können gegen die ihnen in Gemäßheit der Art. 184 bis 184b obliegenden Zahlungen eine Aufrechnung nicht geltend machen. Ebensowenig findet an dem Gegenstand einer zu leistenden Einlage wegen Forderungen, welche sich nicht auf dieselbe beziehen, ein Zurückbehaltungsrecht statt.

Art. 184d. Die Gesellschaft darf eigene Aktien, Promessen oder Interimscheine im gewöhnlichen Betriebe, sofern nicht eine Kommission zum Einkauf ausgeführt wird, weder erwerben noch zum Pfande nehmen.

## Telegraphische Nachrichten.

Petersburg, 4. Okt. [Private Telegramm der

„Posener Zeitung“.] Die neueste Regierungsmafregel Tolstois ist das Verbot der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ für Russland vorläufig bis Ende 1884. Die Gründe für diese Maßregel sind vollständig unbekannt, da die Zeitung sich durch einen ruhigen Ton Russland gegenüber auszeichnete. Man erblidt darin einen Einschüchterungsversuch der ausländischen Presse überhaupt.

Paris, 5. Okt. Die Meldung der „Agence Havas“, daß der Kriegsminister Thibaudin demissioniert hat, bestätigt sich. Grévy hat die Demission angenommen.

## Locales und Provinzielles.

Posen, 5. Oktober.

d. [Über den Neuen Cajkowski,] aus dessen in der „Ruf“ enthaltenen Enthüllungen unser Korrespondent aus Petersburg in Nr. 696 denjenigen Abschnitt mitgetheilt hat, der sich auf den angeblichen früheren Wunsch des Fürsten Bismarck, Polen wiederherzustellen, und demselben den Prinzen Friedrich Karl zum Könige zu geben, bezieht, äußert sich die polnische Presse mit Rücksicht darauf, daß Cajkowski (Sadyk Pascha) treu zu Russland hält, natürlich mit großer Entrüstung. Der „Dienst Posen.“ sagt:

„Die Polen und sogar auch die Russen, sagen wir es diesmal zu ihrem Lobe, kennen nicht und wollen nicht Cajkowski kennen. Es ist dies für Polen, wie Russen dort, wohin er kommt ein schmutziger Vogel, von dem sich Alle mit Verachtung abwenden.“

Der „Kurier Posen.“ äußert sich folgendermaßen:

„Es ist dies wohl die letzte Stimme Cajkowskis (denn er ist 80 Jahre alt), aber sie trifft nicht an's Herz der Polen. Wir erkennen in ihr den Willen, sich dem Zar, den Panlawisten in Erinnerung zu bringen, als Mittel, neue „Gnaden“ zu erwerben, neue Beweise der „Einigung“ — mit Hilfe der Reminiscenz, welche gewiß nicht auf einer besseren Grundlage basirt, wie die früheren derartigen Enthüllungen.“

— In seiner Morgennummer vom Mittwoch sagte das „Posener Tageblatt“, daß „seit geraumer Zeit alle von diesem Blatte gebrachten Personalnotizen regelmäßig in der „Pos. Blg.“ ohne Quellenangabe abgedruckt werden“. Wir haben diese Behauptung sofort als eine unwahre bezeichnet und das genannte Blatt aufgesondert, uns die angeblich entnommenen Notizen zu nennen. Darauf erhalten wir folgende Antwort:

„Auf die Anfrage, die ein bißiges Blatt an uns richtet, bemerken wir, daß man die beiderseitigen Nummern der letzten Monate konservieren möge, um sich von der Richtigkeit unserer Behauptung zu überzeugen. Im übrigen bemerken wir wiederholzt, daß wir der Sache nicht die mindeste Bedeutung beilegen und sie nur erwähnt haben, um einen unbegründeten Vorwurf von uns abzuwehren.“

Das zwei an einem Orte erscheinende Zeitungen dieselben Mittheilungen über Personalien bringen, ist selbstverständlich. Damit ist doch der Beweis des Nachdrucks nicht geführt. Von einem Blatte, welches uns kürzlich erst journalistische Leichtfertigkeit zum Vorwurf machen zu dürfen glaubte, können wir wohl so viel journalistischen Anstand erwarten, daß es entweder seine für uns beleidigende Behauptung unter Beweis stellt, oder zurücknimmt. — Den unsererseits erhobenen Vorwurf hat das Blatt selbst durch ein Beispiel begründet, weitere Beweise stehen zu Diensten.

— Stadttheater. Herr Hans Winter vom herzogl. Hoftheater in Altenburg, der Gatte unserer dramatischen Sängerin, Frau Winter-Holder Egger, wird am Sonntag in der Zauberflöte den Sprecher singen.

\* Das Repertoire für die künftige Woche ist von der Direktion des Stadttheaters vorläufig wie folgt in Aussicht genommen. Sonntag den 7. d. M.: „Zauberflöte“; Montag: „Der Veilchenfresser“; Dienstag: „Zauberflöte“; Mittwoch zum letzten Male: „Kleine Hände“ und „Vom Stamme der Aste“; Donnerstag zum 1. Male: „Durchlaucht haben geruht“, Lustspiel von Brentano; Freitag: „Norma“; Sonnabend den 13. d. M.: „Durchlaucht haben geruht“. Zugleich erfahren wir, daß am Montag im „Veilchenfresser“ unsere neu engagierte erste Liebhaberin, Fr. Klara Haussmann vom Stadttheater in Königsberg zum ersten Male auftreten wird.

— Handwerkerverein. Auf den Vortrag „Der Kindergarten in seiner praktischen Bedeutung“ welcher Montag den 8. d. M. im Handwerkerverein von Herrn Rektor Herzberg gehalten werden wird, machen wir ganz besonders aufmerksam; es wird damit eine Ausstellung sämtlicher „Fröbelischer“ Gaben verbunden sein.

r. Realgymnasialdirektor Dr. Geist hat eine mehrmonatliche Urlaubsreise nach Italien angetreten. Die Anstalt wird während dieser Zeit von dem ältesten Lehrer an derselben, Professor Dr. Motti, geleitet.

th. Ungarische Zigeunerkapelle. Bei Lambert konzertiert seit einigen Tagen die Kapelle des Domh Karoly und erntet beim Publikum mit ihren Produktionen viel Beifall. Wir wohnen den geistigen Konzerten im Verlaufe seiner ersten Hälfte bei. Die Kapelle zählt Mann Stark, neben Cymbal, Cello, Bass und Klarinette fünf Geiger thätig. Die äußere Equipment ist die bei solchen Kapellen übliche ungarische, auch der persönliche Typus ist ein durchschnittlich magyarischer. Was die Leistungen betrifft, so dürfte der musikalische Schwerpunkt in den Solo-Leistungen des Dirigenten Domh Karoly zu suchen sein. Wir hören gestern unter akustischer Begleitung eines Basses und zweier Geigen ein Stück von ihm „Fiege mein Schwärzchen“, welches den brillanten Geiger namentlich nach der Seite einer virtuosen Handhabung des Flageolets zeigte. Eine stürmisch begehrte Zugabe brachte eine im Walzerhythmus gehaltene einfache Cantilene, welche auch von dieser Seite höchst Erfreuliches bot

werden. Zum Eintritt in die Innung ist jeder Großjährige berechtigt, welcher eins der Gewerbe, für welche die Innung errichtet ist, innerhalb des Innungsbezirks selbstständig betreibt, im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist, in der Beurteilung über sein Vermögen nicht beschränkt ist und vor der Innung die Meisterprüfung ablegt. Das Aufnahmegericht ist an den Vorsitzenden des Innungsvorstandes (d. h. Zimmermeister C. A. Stüber) anzubringen. Das Eintrittsgeld ist auf 15 M. und der Jahresbeitrag auf 6 M. festgesetzt. Für die von der Innung eingegangenen Verpflichtungen haftet kein Mitglied mit seinem Vermögen weiter, als es solche durch das Statut übernommen hat; für etwaige bei Auflösung der Innung vorhandene Schulden haftet dieselbe lediglich mit ihrem Vermögen.

**Die Verzögerungen bei Beförderung der Packetsendungen** werden oft durch mangelhafte Aufschriften oder ungenügende Beschriftung der letzteren veranlaßt. Die Signatur, namentlich aber der Bestimmungs-Postort, muß groß und deutlich geschrieben sein, so daß letzterer auch Nachts beim Lichte der Lampe oder Laterne leicht und schnell zu erkennen und zu lesen ist. Der etwaige ländliche Wohnort des Absenders ist weniger groß zu schreiben, als der Bestimmungs-Postort, weil sonst der erste, wenn er zufällig mit dem Namen eines Postorts gleichlautet, bei der eiligen Behandlung leicht für den Bestimmungs-Postort gehalten werden kann. Es ist z. B. Brodn bei Lang-Goslin und nicht Brodn bei Lang-Goslin zu signieren, wenn die Sendung nach Lang-Goslin und nicht nach Brodn (Pz. Posen), einem Postorte, geleitet werden soll. — Auch veraltete Aufschriften, welche öfter am Boden der Kisten, auf dem schon gebrauchten Packpapier u. s. w. sich befinden, geben leicht zu Fehleitungen der Päckereien Anlaß und sind daher vor Einlieferung der letzteren zur Post zu beseitigen. — Aufzuliebende Signaturen sind mittelst guaten Klebestoffs auf die Leinwandfülle, die Kiste u. c. zu befestigen, damit sie bei der Reibung mit anderen Päckereien nicht abfallen und die betreffenden Sendungen ihrer Aufschrift nicht verlaufen.

**1. Rettung aus Lebensgefahr.** Gestern gegen Mittag fuhr ein Herr auf einem kleinen schmalen Kahn, sog. Seelenverläufer,stromabwärts unter der Wallstraßebrücke hindurch; dabei stieß er wohl an die um den Mittelpfeiler befindlichen Steine an, so daß der Kahn umschlug, und der Herr ins Wasser fiel. Anfangs schwamm dieser, doch schwand seine Kraft, vielleicht in Folge eines Krampfes, schließlich nachlassen, so daß er in Wirklichkeit in Lebensgefahr schwiebte. In diesem Moment ging Lieutenant Merker vom 99. Regiment, ein sehr tüchtiger Schwimmer, welcher schon zweimal dem Ertrinken nahe Personen gerettet haben soll, mit Schärpe und Helm, von der Wallstraße kommend, über die Brücke. Kaum bemerkte er die misliche Situation, so sprang er in voller Uniform von der Brücke ca. 20 Fuß tief ins Wasser, fasste den Herrn und schwamm mit ihm an das linke Ufer der Warthe, von wo alsdann beide in einer Drosche nach Hause fuhren. Der Gerettete soll ein Infanterie-Offizier von außerhalb sein, der sich gegenwärtig hier auf Urlaub aufhält.

**2. Ohne Urlaub.** Gestern Nachmittags wurde ein Soldat vom 46. Regiment, welcher sich mehrere Tage lang ohne Urlaub in der Stadt umhergetrieben und einen Kameraden, der ihn nach dem Kernwerk bringen wollte, angegriffen hatte, zur Haft gebracht.

**A. Karmelitergasse.** Zwischen den Grundstücken Fischerei Nr. 9 und 10 führt von dem Fischereiplatz nach der Wiesenstraße zu einem schmalen, nur für Fußgänger benutzbarer Weg, welchem jetzt die Bezeichnung "Karmelitergasse" gegeben worden ist.

**—r. Wohlstein.** 4. Okt. [Durchschnittsspreise. Wahl.] In der zweiten Hälfte des Monats Sept. sind auch hier die Getreide- und Futterpreise nicht unwe sentlich heruntergegangen. Die Durchschnittsspreise stellten sich pro Sept. folgendermaßen: 100 Kilogramm Weizen 18,75 M., Roggen 14,25 M., Gerste 12 M., Hafer 16 M., Erbsen 15 M., Bohnen 19 M., Kartoffeln 3,25 M., Rüschstroh 5 M., Heu 6,50 M., das Pfund Butter 1,10 M. und das Stück Eier 2,40 M. — Herr Lehrer König in Kielow ist von den Lehrern der hiesigen Oberbaudirektion zum Delegierten zu der am 9. d. M. in Posen stattfindenden Generalversammlung des Lehrer-Sterbe-Kassenvereins der Provinz Posen gewählt worden.

**w. Gnesen.** 4. Okt. [Niederlassung barmeriaiger Schwestern.] Das hiesige St. Johannis-Hospital, welches sich zugleich der öffentlichen Krankenpflege widmet, wird in letzterer Beziehung in nächster Zeit eine für die Stadt Gnesen und Umgegend sehr wichtige Erweiterung erfahren. Das Hospital steht nämlich zur Zeit unter Verwaltung des Kommissarius für die Diözesan-Verwaltung. Herr Reginer-Rath Perschuh zu Posen, und hat letzterer es sich angelegen sein lassen, bei dem Ministerium die Genehmigung zu erwirken, daß hierfür im Interesse des St. Johannis-Hospitals eine Niederlassung der Elisabethbrüder errichtet werde. Von den letzteren werden zunächst vier Schwestern aus dem Mutterhaus in Neisse entsendet, welche bereits am 15. d. M. hier eintreffen sollen. Zwei der Schwestern sind für den inneren Dienst der Anstalt, zwei für die ambulante Krankenpflege bestimmt. Allgemein wird hier selbst diese neue Einrichtung freudig begrüßt, zumal durch dieselbe die Wohltätigkeit des St. Johannis-Hospitals nunmehr auch den besseren Ständen zu Gute kommt. Denn während früher die Wohlabendenden die Krankenpflegerinnen aus Posen oder von anderen Orten besuchen mußten, was sie mit größtem Kostenaufwand verbunden war, werden die hier einheimischen Schwestern gegen verhältnismäßig sehr geringer Bezahlung ihre Dienste den Kranken widmen.

**— Schneidemühl.** 4. Okt. [Lachsfang. Stiftungsst. Sektion. Markt preise. Personalien.] Der Lachsfang in dem Küddowfluß war in diesem Jahre wieder recht bedeutend. Bekanntlich kommen die Lachse zur Laichzeit aus der Weichsel durch die Neise bis hoch hinauf in die Küddow, wo sie ihren Laich ablegen und dann wieder zurückkehren. Die Fischer stellen ihnen hierbei eifrig nach und so mancher Lachs fällt ihnen alsdann zur Beute. Die schwersten Thiere, welche in diesem Jahre gefangen worden sind, hatten ein Gewicht von 20–30 Pfund. Dieselben werden aber nicht hier zu Märkte gebracht, sondern sämmtlich nach Frankfurt a. O. und nach Berlin verkauft. — Nach dem Gutachten der Gerichtssäte ist der Arbeiter Klettke, dessen Leiche am Morgen des 26. v. M. in der Nähe der Landstraße von Kamionke nach Jerzon aufgefunden worden ist, in Folge übermäßigen Genusses von Branntwein gestorben. Die an der Leiche beobachteten äußersten Verklebungen rührten wahrscheinlich von einem Falle her. — Die leichten Marktpreise waren hier für 100 Kilogramm Roggen 14,50 bis 15,50 M., Gerste 12,50 bis 13,75 M., Hafer 13 bis 14 M., Erbsen 16,50 bis 17 M., Kartoffeln und Heu 4,50 bis 5 M., Stroh 2,50 bis 3 M., 1 Kilogramm Butter 1,20 bis 1,30 M., Hammel- und Rindfleisch 0,45 bis 0,50 M., Schweinefleisch 0,60 bis 0,70 M. und ein Stück Eier 3,20 M. — Es sind gewählt und bestätigt: zum Dorfsätesten für die Gemeinde Schmilau der Ackerwirth Martin Prill, zum Ortschulzen für die Gemeinde Radkow der Ackerwirth Johann Kuja und zum Dorfsätesten derselben Gemeinde der Ackerwirth Ferdinand Mandelke.

## II. Deutscher Sparkassentag.

(Original-Bericht der „Posener Zeitung“)

Dresden, 4. Oktober 1883.

Anschließend an den 2. sächsischen Sparkassentag stand am 4. Oktober 1883, Vormittags 10 Uhr, unter vorläufigem Vorsitz des Redakteurs Lammer s-Bremen der 2. deutsche Sparkassentag statt. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Organisation von Sparkassenverbänden, Referent Oberbürgermeister Hache-Essen event. Dr. Henden-Essen, 2. die bisher angewandten geschäftlichen und technischen Mittel zur Beförderung des Volksparns, Referent Grubendirektor Knops-Siegen. Das einberufende Komitee, welches volljährig vertreten war, besteht aus den Herren Bürgermeister Born-Magdeburg, Beigeordneter Ernst-Elberfeld,

Oberbürgermeister Hache-Essen, P. Chr. Hansen-Niel, Bürgermeister Herz-Polen, Stadtvorordneten-Vorsteher Jorden-Glogau, F. Kalles-Wiesbaden, Grubendirektor Knops-Siegen, Bankbeamter König-Gotha, Stadtrath Klüger-Königsberg, Oberbürgermeister Kunze-Plauen, A. Lammer-Bremen, Kommerzienrat Stuttgart, Oberbürgermeister Pauli-Weimar, Professor Dr. Post-Hannover, W. Schwab-Darmstadt, F. L. Seyffardt-Krefeld, Bankdirektor Thorwart-Frankfurt a. M. Redakteur Lammer s-Bremen begrüßt die Versammlung. In seinen einleitenden Worten betont er, daß die Sparkasse in Deutschland in einer ersten Entwicklung begriffen sei; bereits gestern sei hier ein sächsischer Sparkassenverband gegründet worden, welches auch in anderen Theilen unseres Vaterlandes, z. B. Oberschlesien, Posen, am Rhein theils angestrebt wird, theils schon vollendet da steht. Die Lokalreform des Sparkassenwesens schreitet im Allgemeinen erfreulich vorwärts. Nur finden sich hier und da Fälle, für die ein gewisser Anstoß übrig bleibt. Nedner nimmt Veranlassung heute zurückzukommen auf den 1. zu Darmstadt im v. J. abgehaltenen Sparkassentag, wobei beschlossen wurde, den Kommunen recht dringlich zu empfehlen, den Sparzamtsstätt des Volkes zu fördern und zu erleichtern; denn wenn auch zunächst durch Vereinfachung ein Mittel zur Förderung des Sparzamts des Volkes in einer Stadt Eingang findet, so lämmt doch schließlich ein Zeitpunkt, wo persönliche Verhältnisse die Unternehmer zwingen, die Sache nicht weiter zu führen. Dann wird der Moment eintreten, wo die Kommunalverwaltung sich entscheiden muß, ob sie die Sache fortzuführen beabsichtigt oder nicht. Vortragender schließt die Bitte an, die Kommunalverwaltungen möchten nicht die kleinen Summen ihrer Fürsorge für gering erachten. In der Kapitalisierung großer Summen soll sich nicht die Wirkung zeigen, wir haben ausgeführt nach oben zu sehn, sondern im Gegenteil, unser Blick richtet sich vorzugsweise auf die kleinsten Beträge, bei dem wenig haben wir angefangen, um dem Volke die Sparsamkeit zu lehren.

Nachdem Nedner noch an den volkswirtschaftlichen Kongress, der letzter Zeit in Königsberg tagte, erinnerte, wie dort das Prinzip der Postsparkassen aufs Energischst bestimmt wurde, schritt man zur Bildung des Präsidiums. Hierbei führte der Vorsitz Bürgermeister Herz-Polen. Ferner gehörten dem Präsidium an L. F. Seyffardt-Krefeld und A. Lammer s-Bremen. Protokollführer Referendar Kurz-Plauen.

Wegen Erkrankung des Referenten Oberbürgermeister Hache-Essen mußte das Referat über den ersten Punkt der Tagesordnung Dr. jur. Henden-Essen übernehmen. Referent geht ebenfalls vom ersten Sparkassentage zu Darmstadt aus, auf welchem die Begründung der Frage, ob Sparkassenverbände gebildet werden sollten, hinlänglich erfolgte. Nedner erkennt die Bildung von Sparkassenverbänden für höchst erträglich für die einzelnen Sparkassen, wie für die Volkswohlfahrt selbst. Diese Verbindung der Sparkassen untereinander, sagt Nedner, muß man ansehen als Bindemittel bei der großen neuen Organisation im deutschen Reich also als einen Kitt bei der Erbauung des staatlichen Gebäudes, bei dessen Fertigstellung unser Jahrzehnt mitwirken, so glücklich ist. Die Strömung unserer Zeit ist auf Einigung gerichtet und diese Einigung wird auch Aufgabe des heutigen Sparkassentages sein und in der Entwicklungsgeschichte des deutschen Reiches hoffe ich, daß eben diese Einigungsbemühungen des deutschen Sparkassentages als ein Baustein in der Errichtung dieses Gebäudes Verzeichnung finden wird. Nedner verbreitete sich nun länger auf eine Beschreibung des schon jetzt bestehenden Verbandes der Sparkassen in Westdeutschland und stellt denselben als Muster eines Verbandes dar. Er schlägt vor in ähnlicher Weise Sparkassenverbände für Ostdeutschland mit dem Mittelpunkte Posen, für Süddeutschland mit dem Mittelpunkte Augsburg u. s. w. zu gründen. Es würde dann eine Einheit aller dieser Verbände dadurch herbeizuführen sein, daß alljährlich ein Sparkassentag zusammentritt, auf welchem sämtliche Verbände durch ihre Delegirten vertreten sind.

Abweindend jedoch vom Sparkassenverband für Westdeutschland sollen die Vorsstände der Verbände aus 20 bis 25 Mitgliedern bestehen. Innerhalb des Vorstandes soll aber noch ein Ausschuß bestehen, dem die ganze Geschäftsleitung übertragen werden soll. Zum Schluss des Referats stellt Referent den Antrag, seine Resolution anzunehmen. Dieselbe lautet:

„In Erwägung, daß die einheitliche Entwicklung des Sparkassenwesens im deutschen Reich bei einheitlicher Fortbildung des deutschen Rechtes, vor Allem des Obligationenrechtes, des deutschen Hypotheken- und Kreditwesens, sowie bei gleichmäßiger Ausbildung der Verwaltungsgrundlage sowohl seitens der Bundesregierungen, als seitens der Sparkassenverwaltungen anzustreben;

in Erwägung, daß die Verfolgung dieses Ziels bei den bisherigen Besonderheiten in Gesetzgebung und Verwaltung oder wegen territorialer Schwierigkeiten die Gliederung gleichartiger Gruppen der Bildung eines einheitlichen deutschen Sparkassen-Verbandes zweckmäßig vorbereigt,

erklärt der II. deutsche Sparkassentag:

daß die Organisation von engeren Sparkassen-Verbänden, etwa für Mittel-, Nord-, Ost-, Süd- und Westdeutschland, oder auch je nach den Verhältnissen in anderer Ausdehnung durch Zusammensetzung mehrerer Landesteile zu empfehlen, welche in dem deutschen Sparkassentag ihren Mittelpunkt finden.

Die Organisation des Verbandes für Westdeutschland (Statut, Organ, Vorstand, Beiträge u. c.) entfällt im Allgemeinen die zweckmäßigen Grundlagen eines solchen Verbandes, jedoch erfordert eine Erweiterung des Vorstandes und die Wahl eines geschäftsführenden Ausschusses in demselben angezeigt.“

Nachdem seitens des Vorsitzenden Herrn Herz ein Antrag des evangelischen Pfarrers Senzel, facultative Einführung von Jugend- und Schulsparkassen betreffend, verlesen, wurde zur Debatte geschritten, wobei jedem Redner ein Zeitmaximum von 10 Minuten gestattet wurde. Oberbürgermeister Kunze-Plauen ist für Gründung von Verbänden, beantragt aber die Resolution des Referenten nicht so hinzunehmen. Namentlich kann er sich mit der in der Resolution enthaltenen Motivierung nicht einverstanden erklären; eine besondere Motivierung in den Beiflügen aufzunehmen halte er für unnötig. Sein Antrag wäre: darauf hinzuwirken, daß zu Verfolgung gleicher Bestrebungen in den einzelnen Ländern beginnen, dasselbe geschieht in dem deutschen Sparkassenverbande sich bilden und endlich ein sämtliche Einzelverbände umfassender Allgemeiner deutscher Sparkassenverband gegründet werde.

Redakteur Lammer s beantragt Streichung der Motivierung sowie des Schlusssatzes der Resolution und formuliert den Antrag folgendermaßen:

Der II. deutsche Sparkassentag erklärt: Die Organisation von engeren Sparkassenverbänden sei zu empfehlen, welche in dem deutschen Sparkassentage ihren Mittelpunkt finden.

Herr Herz ist auch der Ansicht, über die Motive nicht abzustimmen. Er vermisst aber gerade in der Motivierung den wichtigen Punkt, von dem er glaubt, wenn er hier in irgend einer Weise zum Ausdruck kommen würde, daß vielen die Idee, Verbände zu bilden, populärer werden wird, als sie jetzt ist. Nedner betont, wie schwierig es schon jetzt ist, Gelder zu 4 Prozent unterzubringen, da das Posener Statut bei Unterbringung von Geldern zu peinlich ist. Selbst gute Papiere, wie z. B. Elberfelder Stadtbörsen, zu kaufen, sei ihm persönlich von der Sparkassen-Deputation untersagt worden. Nedner hält nun einen allgemeinen deutschen Sparkassenverband hauptsächlich deshalb für ungemein wichtig, weil derselbe mag er seinen Mittelpunkt nun in Berlin, oder in einer anderen Großstadt haben, jedenfalls für geeignete Unterbringung der Gelder gut operieren werde. Was endlich den Schlusssatz anbelangt, meint Nedner, solle derselbe durchaus beibehalten werden, da dadurch die sich konstituierenden Verbände genau würden, wo sie sich am besten informieren könnten.

Redakteur Lammer s wünscht nochmals den Schlusssatz gestrichen zu sehen und spricht aus, daß den sich hierfür interessierenden

Theilen durch die Presse Gelegenheit geboten wird, den richtigen Weg zur Information zu geben, indem er darauf hinweist, daß alle Theile Deutschlands, wie Berlin, Posen, Frankfurt a. M., Magdeburg, Dresden und Süddeutschland die Vertreter ihrer Presse hierher gesandt haben. Nach den Schlusssworten des Referenten Dr. jur. Henden-Lammer s wurden mit großer Majorität der Antrag Lammer s angenommen.

## Aus dem Gerichtssaal.

**I. Bromberg.** 4. Okt. [Schwurgericht. Versuchter Todtschlag. Versuchter Mord. Todtschlag und Meineid.] Während in der vorgestrigen Sitzung des gegenwärtig hier tagenden Schwurgerichts eine Anklage wegen versuchten Todtschlags, gestern eine wegen verülfchten Mordes verhandelt wurde, kam heute eine Anklagesache wegen Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge zur Verhandlung. In erster Sache hatte der Angeklagte, Arbeiter Martin Symanski aus Marienwerder seine Chefin mit der er in einer grade nicht glücklichen Ehe lebte, mehrfach gemisshandelt und eines Tages in Juli d. J. dieselbe dadurch zu töten gesucht haben, daß er die Frau, nach vorauf erfolgter Misshandlung in eine Mistofüze niederswarf, deren Kopf in die Fauste tauchte und die Misshandelt nur durch das Hinzutun von Nachbarsleuten aus seinen Händen befreit wurde. Die Geschworenen nahmen nur Misshandlung an und der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 6 Monaten Gefängnis. — In der zweiten Sache, welche gestern verhandelt wurde, hatte der Angeklagte, Arbeiter Johann Damrau aus Feuerland auf den Stadtforst Schneidert aus Schulz am 14. April d. J. Nacht, nachdem er vorher vom Förster beim Holzflehen betroffen und geschnitten worden war, zwei Schüsse aus einem Terzerol auf denselben abgefeuert, ohne ihn jedoch zu treffen. Der Angeklagte behauptete daß das Terzerol nicht scharf geladen war und er nur zu seinem Vergnügen in die Luft geschossen habe. Die Geschworenen nahmen, nachdem sie die gestellte Frage wegen versuchten Mordes verneint hatten, nur das Vergehen der Bedrohung mit einem Verbrechen an, für dessen Vorhandensein die Staatsanwaltschaft bei event. Verneinung der ersten Frage plädiert hatte und der Gerichtshof erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten Gefängnis. Dieser Sitzung wohnte der Präsident des Oberlandesgerichts, Herr von Kunowski, von Anfang bis zu Ende bei.

In der heutigen Sitzung handelt es sich um das Verbrechen der Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge. Schuldig desselben hatte sich der Schäfermeier Martin Symanski aus Misericzow gemacht. Am 22. Juli d. J. befand sich derselbe mit noch zwei anderen jungen Leuten auf der Dorfstraße der genannten Ortschaft in der Nähe des dortigen Brunnens. An ihnen vorüber kamen drei andere junge Burschen, unter diesen der 17 Jahre alte Knecht Joseph Muchewitsch. In Folge einer Auseinandersetzung, die seitens des Angeklagten über den Letzteren gemacht wurde, entstand zwischen beiden ein Wortstreit. Schließlich erhielt Muchewitsch von dem Angeklagten einen Schlag an den Hals, worauf Letzterer zu Boden stürzte und von Blut überströmt nach Hause geschafft werden mußte. Nach vier Tagen verstarb derselbe; er war von dem Angeklagten mit einem Federmeißel in den Hals gestochen worden. Der Angeklagte will nur zufällig das offene Messer in der Hand gehabt und durch eine unglückliche Wendung seines Gegners ihm jene gefährliche Verletzung beigebracht haben. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage bei Verneinung der Frage nach mildernden Umständen, und der Gerichtshof erkannte auf vier Jahre Gefängnis.

In der zweiten heute zur Verhandlung gekommenen Sache wegen Meineids wurde der Winckelfonsen Robert Schlieter von hier zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Derselbe hatte von der Rentiere Wittwe Bernhardine Toporska eine Wohnung gemietet. Da er indessen die Miete nicht zahlte, so kündigte ihm die Vermiettherin am 1. April d. J. erforderte ihn auf, dieselbe am 6. Mai zu räumen und stellte, als dies nicht geschah, am 6. Mai die Kündigungsschluß an. In diesem Prozeß bestritt der Angeklagte die Behauptung der Klägerin, daß bei dem Abschluß des Mietvertrags verabredet sei, der Mietbahn eine monatlich und pränumerando geahlt werden und es sollte, falls es nicht geschah, der Vermiettherin eine vierwöchentliche Kündigungssfrist zugeschenkt und nahm den ihm über diese Thatsachen zugeschobenen Eid an. Dieser Eid ist von dem Angeklagten, wie dies durch die Beweisaufnahme festgestellt wird, wissenschaftlich geschworen worden. Die Staatsanwaltschaft hatte, nach erfolgter Bejahung der Schuldfrage, von den Geschworenen eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren beantragt. Der Gerichtshof erkannte jedoch nur, wie oben angegeben, auf 2½ Jahre Zuchthaus. — Das Schwurgericht wird erst am 11. d. M. beendet sein.

## Staats- und Volkswirthschaft.

** London, 4. Oktober, Abends. Bankausweis.	
Totalreserve	12,895,000 Abn.
Notenumlauf	26,611,000 Bun.
Baarvorwahl	23,755,000 Abn.
Portefeuille	21,102,000 Abn.
Guth. der Priv.	23,251,000 Abn.
do. des Staats	5,900,000 Abn.
Notenreserve	12,166,000 Abn.
Regierungssicherheit	13,693,000 Abn.
	1.000
Prozentverhältnis der Reserven zu den Passiven:	43% Proz. gegen 47% in voriger Woche.

Clearinghouse-Umlauf 145 Mill., gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs Zunahme 27 Mill.

## Produkten- und Börsen

## Ladung.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags soll in dem auf den 17. Novbr. 1883 Mittags um 12 Uhr, im hiesigen Geschäftslöale anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Kempen, den 18. August 1883.  
Königl. Amtsgericht.

Das in der Stadt Birke belegene, zum Nachlass der Tischlermeister Heinrich und Julianne geb. Pietisch-Krüger'schen Eheleute aus Birke gehörige, im Grundbuche von Birke Band 6 unter Nr. 146 a eingetragene Hausrundstück nebst Hofraum und Hausegarten, welches zur Grundsteuer nicht veranlagt, sondern in der Grundsteuermutterrolle und unter den ungetrennten Hofräumen nachgewiesen ist, zur Gebäudesteuer aber mit einem Nutzungswert von 258 M. veranlagt ist, soll beabs. Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Substation auf

den 28. November 1883,

Vormittags 9 Uhr, vor das Königliche Schöffengericht hieselbst zur Hauptverhandlung geladen. Auch bei unentschuldigtem Ausbleiben wird zur Hauptverhandlung geschritten werden.

Bentschen, den 24. Sept. 1883

Nasemann,  
Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Kreisstadt Schrimm unter Nr. 403 belegene, der Frau Wagenfabrikant Mathilde Wilhelmine Woj geb. Wilke gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalt von 14 a der Grundsteuer unterliegt und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 1413 Mark veranlagt ist, soll beabs. Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Substation auf

den 30. Oktbr. 1883,

Vormittags 11 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 9 versteigert werden.

Die gesetzliche auf Verlangen jedes Interessenten zu bestellende Bietungsklausur beträgt 3532 Mf. 50 Pf.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von dem Grundstück und alle sonstigen das Grundstück betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufsbedingungen können in der Geschäftsschreiberei des unterzeichneten Königlichen Amtsgerichts während der gewöhnlichen Sprechstunden eingesehen werden.

Dienjenigen Personen, welche Eigentumsrechte oder welche hypothetisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirklichkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Grundbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens bis zum Erlass des Zuschlagsurtheils anzumelden.

Die Entscheidung über dieses und das Zuschlagsurtheil wird

am 9. Novbr. 1883,

Mittags um 12 Uhr, in unserem Geschäftslöale zu Birke versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von dem Grundstück und alle sonstigen das Grundstück betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufsbedingungen können im Bureau III des unterzeichneten Königlichen Amtsgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Dienjenigen Personen, welche Eigentumsrechte oder welche hypothetisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirklichkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Grundbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens bis zum Erlass des Zuschlagsurtheils anzumelden.

Die Entscheidung über dieses und das Zuschlagsurtheil wird

am 9. Novbr. 1883,

Mittags um 12 Uhr, in unserem Geschäftslöale zu Birke versteigert werden.

Birke, den 8. Sept. 1883.  
Königl. Amtsgericht.

Vom 15. Oktober cr. ab erfolgt die Ausgabe direkter Retourbillets I. Kl. zwischen Posen einerseits und Berlin (Schles.). Bhf. Alexanderplatz und Stadt (ahn) via Kreuz, so wie Danzig l. Th. und Königsberg via Bromberg andererseits.

Die Gültigkeitsdauer dieser Retourbillets beträgt drei Tage, den Tag der Löösung eingerechnet.

Breslau, den 27. Sept. 1883.  
Königliche Direktion  
der Oberschlesischen Eisenbahn.

Posen, den 6. Sept. 1883.  
Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt Kempen belegene, im Grundbuche desselben unter Nr. 519 eingetragene, den Fleischermeister Gustav und Johanna Rosina Wicht'schen Eheleuten gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen derselben berichtet steht und welches mit einem Flächeninhalt von 0 ha 78 a 10 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Steuertrage von 10,62 M. veranlagt ist, soll in nothwendiger Substation im Wege der Zwangsvollstreckung auf

den 17. Novbr. 1883,

Vormittags 9 Uhr, im Löale des unterzeichneten Gerichts öffentlich versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes und etwaige andere, das Grundstück betreffende Nachweiszettel, sowie etwaige besondere Verkaufs-Bedingungen können in der Geschäftsschreiberei II während der Dienststunden eingesehen werden.

Dienjenigen Personen, welche Eigentum oder anderweite, zur Wirklichkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürftende, aber nicht eingetragene Realrechte gelten zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungstermin resp. bis zum Erlass des Zuschlagsurtheils bei Vermeidung der Ausschließung anzumelden.

Die Bietungs-Klausur beträgt

248 M.

Die Bietungs-Klausur beträgt

# Rübenaushebeplüge, Patent Pracner,

höchst prämiert, unübertrefflich in Leistung, empfiehlt à M. 36, mit verstellbarer Vorderkarre à M. 61 ab hier.

## Fischel Baum in Schröda,

Generalvertrieb

obiger Rübenausheber für die Provinz Posen.

Prämiert bei allen Konkurrenz-Arbeiten!

## Kartoffel-Ernte-Maschinen.

J. Moegelin in Posen.

Bock-Auktion  
zu Sobbowitz, Westpr.,  
Dienstag den 16. Oktober cr.,  
Vormittags 11 Uhr,

über  
ca. 50 Vollbluthiere des  
Rambouillet-Stammes.

Verzeichnis auf Wunsch franco.  
Bagen sieben am genannten Tage an d. r. Bahnstation Hohenstein  
F. Hagen, Königl. Amtsraath.



Wagen stehen am genannten Tage an der Bahnstation Hohenstein  
zur Abholung bereit.

Vorzüglich für Korrespondenz.

## NORMAL-FEDER

Keine aller elastischen Federn  
bringt die Schreibfeder (Gruna-  
und Haarstriche) so geschmeidig und glatt hervor wie dies  
Normal-Feder.

Berlin. F. SOENNECKEN's VERLAG, BONN. Leipzig.

## Die Papierhandlung, Druckerei und Contobücher-Fabrik

von

D. Goldberg, Wilhelmstr. 24,

empfiehlt ihr reichhaltiges Lager von eleganten Briefpapieren in den verschiedensten Mustern und Farben, mit Vignetten, Blumen, Silhouetten, humoristischen Bildern etc.

Schnellste Anfertigung von Visitenkarten und Monogrammen.

## Grünberger Weintrauben!

versenden nur vorzügliche Waare:

10 Pfd. franco gegen Nachnahme . . . . .	M. 3,60.
10 Einseid. des Betr. . . . .	3,50.
für Händler { geb. geschälte Birnen pro Pfd. . . . .	0,48.
Apfel . . . . .	0,50.
billigere Preise { Pfirsiche in Blechbüchsen eingelegt . . . . .	1,60.
Delikatess-Birnen pro Pfd. . . . .	0,65.

## E. A. Pilz & Co., Weinbergsbesitzer, Grünberg i. Schl.

Mein Geschäft befindet sich nach wie vor Schloßstraße 4.

S. Knopf.

Ich empfehle als Partie-Einkäufer hochfeine Damen-Capotten 1 M. 50 Pf.  
Waschlederhandschuhe 20 Pf.  
Schnapsey-Damen-Handsche mit Butter 30 Pf.  
Pulswärmer 10 Pf.  
Glacé-Handsche lang zum Schnüren 1 M. 25. Pf.

## S. Knopf, Schloßstraße 4.

Das älteste Gräker Bier-Depot in Posen

H. Knaster Nachfolger, Halbdorfstraße 1,

hat jetzt wieder

## Hochfeines Gräker Bier

abzugeben. Aufträge werden auch bei J. Blumenthal, Krämerstraße 16,

entgegengenommen.

## Matratzen, Reisekoffer, Schultaschen

in großer Auswahl, solider Arbeit, billigst, empfiehlt

J. Latz, Sattlermeister. Markt 10.

Ein 3½ M. v. Posen, 1 M. v. d. Bahn beleg. Gut v. 1065 Morgen gut. Boden, ist f. 750 000 Thlr. Anzahl. 15 000 Thlr. günst. z. lauf. Leopold v. Drweski, Wilhelmstraße 18.

## Neunaugen!

in schöner großer Waare, in Fässern a. und ½ Schoc. a Schoc 8 M., frischen Astrachaner und Amerif. Caviar, Bratheringe und sämtliche Sorten von Seefischen, geräucherte und marinirte, versendet billigst

A. Szule,  
Posen, Breslauerstraße 12.

Eine gute Windsege ist billig zu haben im Viehladen Breitestr. 18 A.

**Fette**  
frisch geschlagte Gänse zu billigen Preisen empfiehlt  
Eduard Neppich,  
Saviehavia 11.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.

Mädchen in jeder Art empfiehlt Mietbeschaffung Weiss, Wilhelmstraße 4.

Eine gute Köchin empfiehlt J. Paschke, Bronnerstr. 23.